LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 51. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

und Regionale Entwicklung

am 11. Juni 2026

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Gespräch mit der Botschafterin der Republik Zypern in der Bundesrepublik Deutschland, Maria Papakyriakou, unter anderem zu den Schwerpunkten des Programms des zypriotischen Vorsitzes im Rat der EU** 4

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Zwischenbericht „Zukunftsregion Südniedersachsen 2023 - 2029“**

   Unterrichtung 16

   Aussprache 25

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Aufbau Regionaler Versorgungszentren in Niedersachsen**

   Unterrichtung 29

   Aussprache 31

4. **Beteiligung des Landtages an Vorhaben der EU** 34

5. **Terminangelegenheiten** 35

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Anna Bauseneick (CDU), Vorsitzende
2. Abg. Immacolata Glosemeyer (SPD)
3. Abg. Constantin Grosch (SPD)
4. Abg. Guido Pott (SPD)
5. Abg. Oliver Ebken (i. V. des Abg. Jan Schröder) (SPD)
6. Abg. Tim Julian Wook (SPD)
7. Abg. Christoph Eilers (CDU)
8. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
9. Abg. Barbara Otte-Kinast (CDU)
10. Abg. Uwe Schünemann (CDU)
11. Abg. Anne Kura (GRÜNE)
12. Abg. Tamina Reinecke (GRÜNE)
13. Abg. Dennis Jahn (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Weigel.

Niederschrift:

Regierungsrat Dr. Ramm, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:01 Uhr bis 16:09 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung einer Niederschrift

Der **Ausschuss** billigt die Niederschrift über die 46. Sitzung.

***

Tagesordnungspunkt 1:

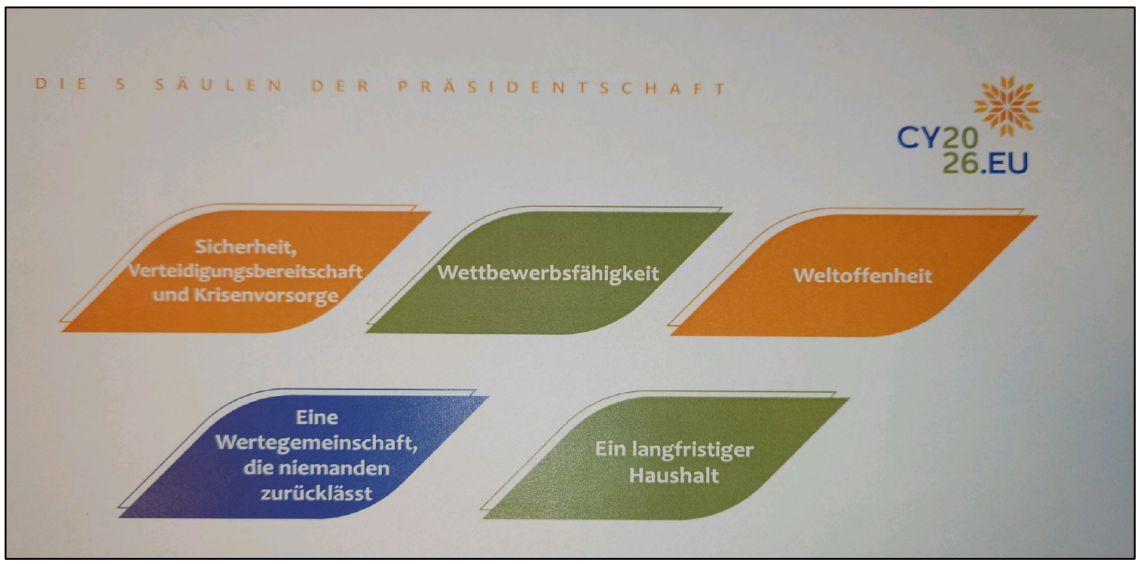
Gespräch mit der Botschafterin der Republik Zypern in der Bundesrepublik Deutschland, Maria Papakyriakou, unter anderem zu den Schwerpunkten des Programms des zypriotischen Vorsitzes im Rat der EU

Botschafterin **Maria Papakyriakou:** Vielen Dank, dass ich heute bei Ihnen sein darf, um Ihnen die Prioritäten der Ratspräsidentschaft vorzustellen und zugleich eine kurze Zwischenbilanz zu ziehen. Wir stehen fast am Ende der Ratspräsidentschaft. Dies ist ein Moment, in dem wir Resultate , aber auch Sorgen und Pläne für die Zukunft besprechen können.

Wir nehmen die Ratspräsidentschaft sehr ernst, und ich nehme auch persönlich die Gelegenheit sehr ernst, als Vertreterin der Ratspräsidentschaft bei den Landtagen zu sein. Gerade in Deutschland mit seinem föderalen System halte ich es ohnehin für sehr wichtig, dass wir als Botschafter stets aktiv sind. Für eine Ratspräsidentschaft, die diesen Vorsitz in Deutschland vor Ort vertritt, ist es umso wichtiger, die Stimmen jedes Bundeslandes wahrzunehmen.

Wie ich in meiner Vorstellung noch erwähnen werde, ist und bleibt der nächste Haushalt der EU - ein besonders wichtiges Thema für die Bundesländer - das wichtigste Dossier, das wir zu betreuen haben. Vor diesem Hintergrund werde ich während der Diskussion sehr gerne Ihre Sorgen und Anmerkungen aufnehmen, damit meine Kolleginnen und Kollegen in Nikosia und Brüssel die besonderen Belange Deutschlands noch besser verstehen können.

Wir haben am 1. Januar als noch relativ neues Mitgliedsland der EU zum zweiten Mal die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Seitdem schlägt das Herz unserer EU an ihrem südöstlichsten Punkt.



Die Präsidentschaft hat ihre Prioritäten in fünf Säulen gegliedert. Ich habe versucht, dies in einer Übersicht anschaulich darzustellen. Das Motto der Präsidentschaft lautet: Eine autonome Union, offen für die Welt. Autonomie ist auch im Sinne der Frage zu verstehen, wie wir uns als autonome EU besser verteidigen können. Gleichzeitig ist die Offenheit der EU gegenüber der Welt eine Notwendigkeit. Das ist für uns als Inselstaat es eine ganz klare Voraussetzung für eine erfolgreiche Außenpolitik.

Säule 1: Sicherheit, Verteidigungsbereitschaft und Krisenvorsorge

Selbstverständlich müssen wir in der EU in der Lage sein, mehr eigenständig zu tun, um die Interessen und die Sicherheit unserer Mitgliedstaaten sowie unserer Bürgerinnen und Bürger besser zu schützen. In diesem Bereich war die Unterstützung der Ukraine in allen Feldern eine sehr wichtige Priorität für die zypriotische Präsidentschaft und ist es weiterhin, ebenso die Stärkung und Vertiefung der transatlantischen Beziehungen, insbesondere zwischen EU und NATO. Zypern ist kein NATO-Mitglied; dennoch ist die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO sehr wichtig, und wir haben uns in diesem Bereich eingesetzt.

Ein verstärktes Migrationsmanagement war ebenfalls eine Priorität der Ratspräsidentschaft. Zypern hat versucht, seine Erfahrungen als Frontline-Land am südöstlichen Rand der EU einzubringen. Auch die innere Sicherheit war eine große Priorität, vor allem der Schutz der Demokratie. Das ist ein großes Diskussionsthema in allen Mitgliedstaaten.

In dieser Säule haben wir bislang eine Reihe von Ergebnissen erzielt. Erwähnen möchte ich die Einigung über die Unterstützung für die Ukraine durch ein Darlehen in Höhe von 90 Milliarden Euro sowie die Annahme des 20. Sanktionspakets gegen Russland. Am 21. Paket arbeiten wir bereits. Im Bereich Migrationsmanagement ist die Einigung mit dem Europäischen Parlament zur neuen EU-Rückkehrverordnung wichtig, ebenso die fortgeschrittenen Vorbereitungen für die vollständige Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Diese kommt ab morgen, dem 12. Juni, zur Anwendung. GEAS ist für uns alle sehr wichtig, und die Migrationsdiskussion ist für alle unsere Länder von großer Bedeutung; deshalb war dies ein sehr wichtiges Ergebnis.

Im Bereich Verteidigung möchte ich kurz Security Action for Europe (SAFE) ansprechen. Wir haben die Annahme von Beschlüssen über die finanzielle Unterstützung für 18 Mitgliedstaaten im Rahmen von SAFE ermöglicht. Für die Bekämpfung des Drogenhandels haben wir den neuen EU-Aktionsplan verabschiedet. Im Bereich hybride Bedrohungen wurden Ratsschlussfolgerungen zur Stärkung der Abwehrfähigkeit der EU angenommen. Auch das ist für die Resilienz unserer Demokratien wichtig.

Säule 2: Wettbewerbsfähigkeit

Wirtschaftliche Stärke ist ebenfalls ein sehr wichtiges Thema für alle unsere Länder und spielt für die EU eine große Rolle. Was in Deutschland geschieht und wie sich die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit entwickelt, ist für die EU eine Kernfrage. An erster Stelle stehen der Abbau von Bürokratie sowie die Stärkung und Vollendung des Binnenmarktes. Hinzu kommen der Ausbau von Investitionen in Energie- und Digitalinfrastruktur sowie die Vertiefung und Stärkung der Kapitalmärkte und der Investitionsunion; auch hier haben wir Resultate erzielt. Der Konnektivität hat Zypern gerade als Insel eine besondere Bedeutung beigemessen.

In dieser zweiten Säule haben wir bislang Fortschritte bei einer Reihe von Vereinfachungspaketen - den bekannten Omnibussen - erzielt. Mit dem Europäischen Parlament haben wir eine vorläufige Einigung zum KI-Vorschlag (Omnibus 7) und zur Digitalisierung gemeinsamer Spezifikationen erzielt, ebenso Mandate für Verhandlungen zum Omnibus-Paket für Lebens- und Futtermittelsicherheit. Bei der Wettbewerbsfähigkeitsagenda haben wir unter anderem Reformen des Forschungsfonds für Kohle und Stahl und der Agrarmarktregelungen, Maßnahmen zu kritischen Rohstoffen, Schritte zur industriellen Dekarbonisierung sowie die Einführung neuer digitaler

Instrumente - etwa die europäische Unternehmens-Wallet - ermöglicht. Auch im Bereich Fluggastrechte gab es Fortschritte, ebenso bei der Vorsorge und Sicherheit bei kritischen Arzneimitteln sowie bei Maßnahmen zur Verringerung der Volatilität der Energiepreise. Das war gerade jetzt in Bezug auf den Iran-Krieg auf EU-Ebene wichtig.

Säule 3: Weltoffenheit

Unsere Stärke liegt in starken Partnerschaften. Als Insel wissen wir genau, was es bedeutet, starke Beziehungen zu pflegen. In dieser Säule ist die Erweiterung eine ganz wichtige Priorität für die Ratspräsidentschaft der Republik Zypern. Wir sind der Meinung, dass die Erweiterung nach wie vor eine strategische Investition in die Zukunft der EU ist. Wir haben uns bemüht, konkrete Resultate mit Blick auf die Partner im Westbalkan zu erzielen. Dieser Prozess dauert schon sehr lange an. Als jüngeres Mitglied der EU wissen wir aus erster Hand, welche Transformation ein Beitritt zur EU für ein Land bedeutet. Wir haben uns verpflichtet, die Verfahren mit der Ukraine, der Republik Moldau und den Partnern im Westbalkan voranzubringen; auch hier gab es gute Resultate.

Für die Republik Zypern ist auch die Stärkung der Beziehungen zu den Partnern in der unmittelbaren Nachbarschaft, im Nahen Osten und am Golf, eine Priorität. Wir haben gesehen, welche unmittelbaren, schwierigen Konsequenzen die Ereignisse in dieser Region für uns in der EU haben, um nur das Beispiel der Energiepreise zu nennen. Zypern pflegt traditionell sehr enge und vertrauensvolle Beziehungen zu allen Ländern der Region. Wir waren jahrelang Teil der Bewegung der Blockfreien - Non-Aligned Movement - und unterhalten zu vielen unserer damaligen Nachbarn enge Beziehungen. Wir haben Palästina von Anfang an anerkannt und sind mit Israel seit Jahrzehnten strategisch sehr eng verbunden. Unsere Vermittlungsrolle ist eine Stärke, die der EU zugutekommen kann.

Auch die Stärkung der europäischen Schnellreaktionsfähigkeit ist wichtig. Das haben wir mehrfach gesehen, als Evakuierungen von EU-Bürgern aus der Region notwendig wurden. Zypern hat dabei immer wieder als regionales Drehkreuz für Evakuierung und humanitäre Hilfe eine ganz wichtige Rolle gespielt. Teil dieser Säule war auch eine engere Zusammenarbeit mit Partnern wie den USA - ein Thema, das uns alle in den letzten Jahren stark beschäftigt hat -, mit Kanada, Australien und dem Vereinigten Königreich. Ebenso wichtig sind die Handelsbeziehungen; auch hier haben wir gute Resultate erzielt. Ich nenne nur Mercosur, obwohl die Diskussion in dieser Hinsicht nicht immer einfach war.

Im Bereich Erweiterung auf dem Westbalkan möchte ich Montenegro als Vorreiter in den Verhandlungen erwähnen. Wir haben unlängst den EU-Westbalkan-Gipfel abgehalten und intergouvernementale Konferenzen geführt. Auch mit Blick auf Albanien gibt es Fortschritte. Zugleich ist zu sagen, dass man sich neben den langwierigen Erweiterungsverfahren auch bemüht, der Bevölkerung dieser Länder alltägliche Vorteile zu bieten. Wir arbeiten daran, die Roaming-Regelung „Roam like at home“ auch auf die Beitrittsländer auszuweiten, und sind hierbei gut vorangekommen. Das gehört zu jenen Vorteilen, durch die die Menschen in jenen Ländern, die mit der Zeit die Hoffnung auf einen Beitritt zu verlieren drohen, tatsächlich erfahren, dass eine Annäherung durch praktische Lösungen möglich ist. Auch das war eine unserer Prioritäten.

Wichtig war auch der Themenkomplex EU und Indien mit Blick auf unsere Bemühungen als EU, eine Diversifizierung unserer Außenbeziehungen auch im Handel zu erreichen.

Säule 4: Eine Wertegemeinschaft, die niemanden zurücklässt

Diese Säule ist für mich persönlich respektive für uns als zypriotische Ratspräsidentschaft sehr wichtig, denn unsere EU ist eine Wertegemeinschaft. Wir sind nur stark, wenn wir auch unsere Werte pflegen. Es gab Verordnungen zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei drohender Arbeitslosigkeit sowie zahlreiche Ratsschlussfolgerungen zu Investitionen in Kinderthemen.

Erwähnen möchte ich auch unsere Bemühungen als Inhaber des EU-Vorsitzes im Bereich bezahlbares Wohnen. Ich habe - auch in anderen Landtagen - erfahren, wie wichtig das Thema Wohnen in Deutschland ist. Ich verfolge diese Diskussion, die auch auf EU-Ebene sehr intensiv geführt wird. Als Ratspräsidentschaft haben wir zwei außerordentliche informelle Treffen der zuständigen Ministerinnen und Minister durchgeführt. Eines dieser Treffen fand am 11. Mai in Nikosia statt, um den Austausch über praktische Lösungen im Rahmen des Europäischen Plans für bezahlbares Wohnen voranzubringen, das Wohnungsangebot zu erhöhen und den bestehenden Wohnungsbestand besser zu nutzen.

Säule 5: Ein langfristiger Haushalt

Die letzte Säule betrifft das wichtigste Dossier, das wir zu betreuen haben: das nächste Budget. Wir haben noch drei Wochen und bleiben zuversichtlich, dass wir bis zum Ende der Ratspräsidentschaft eine ausgereifte Handlungsgrundlage an die irischen Kolleginnen und Kollegen übergeben können - in der Hoffnung, dass bis Ende des Jahres eine politische Einigung möglich sein wird, sodass der neue Haushalt rechtzeitig zustande kommen kann. Wir behaupten, als kleiner Mitgliedstaat mit geringeren Eigeninteressen manchmal besser in der Lage zu sein, größere Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu überbrücken - als ehrlicher Vermittler, der jene Lücken schließt, die, wie ich von meinen mit dieser Frage befassten Kollegen in Brüssel und Nikosia höre, noch immer bestehen.

In der Sitzung des Europäischen Rats am 18. und 19. Juni werden sich die Staats- und Regierungschefs aktiv mit dieser Frage befassen. Als Ratspräsidentschaftsinhaber sind wir bereit, eine Verhandlungsbasis mit Zahlen vorzulegen, in der Hoffnung, dass Irland danach bis Ende des Jahres die politische Einigung herbeiführen kann. Das ist für ein föderales System wie dieses eine ganz wichtige Frage. Ich habe aus anderen Bundesländern viel mitgenommen, und ich weiß auch von den Kollegen auf Bundesebene - im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt -, wie intensiv diese Diskussionen innerhalb Deutschlands geführt werden. Ich würde daher auch sehr gerne von Ihnen hören, wie Sie die Sache kurz vor Ende unserer Ratspräsidentschaft sehen.

Ich möchte kurz auf die Kohäsionspolitik eingehen, weil oft gefragt wird, wie wir die Neuausrichtung und Priorisierung im neuen Haushalt bewältigen, also die Balance zwischen alten Politiken innerhalb des Mehrjährigen Finanzrahmens und neuen Notwendigkeiten wie Verteidigung und Innovation. Für uns in Zypern ist die Frage der Kohäsionspolitik sehr wichtig - das sage ich jetzt aus der Perspektive Zyperns als Mitgliedstaat, nicht aus der des Ratsvorsitzes. Dass das Thema aber auch für den zypriotischen Vorsitz wichtig ist, zeigt ein Treffen im Februar in Zypern, bei dem 150 regionale Gebietskörperschaften aus den EU-Mitgliedstaaten zusammengekommen sind. Ein zentrales Thema der Beratungen war die Rolle der Kohäsionspolitik bei der Förderung von Solidarität und einer ausgewogenen Entwicklung in der gesamten EU. Die Rolle der Kohäsionspolitik als grundlegendes politisches Instrument, das zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähig-

keit, Klimaneutralität, digitalem Wandel, Resilienz und sozialem Zusammenhalt beiträgt, wurde dabei erneut bekräftigt.

Da die Gesamtsumme nicht größer werden darf, stellt sich die Frage, wie wir in dieser Neuausrichtung auch die alten Politiken bewältigen. Wir haben als neues Mitglied der EU gesehen, was die Kohäsionspolitik für die Mitgliedstaaten bedeuten kann. Ich habe es auch von Ihren Kolleginnen und Kollegen sehr oft gehört. Für uns ist das Engagement für die substanzielle Einbindung der Regionen in die Entscheidungsprozesse der EU sehr wichtig.

Schlusswort

Wir alle haben es mit sehr vielen Herausforderungen zu tun, und sehr oft wird dabei vergessen, was wir gemeinsam in der EU erreicht haben. Ich möchte meine Ausführungen daher mit etwas Optimismus beenden. Die Fortschritte, die wir als EU-Vorsitz erzielt haben, und die vielen Erfolge, die die EU über die Jahrzehnte erreicht hat, zeigen: Die EU liefert auch in anspruchsvollen Zeiten konkrete Ergebnisse, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger verbessern. Das europäische Modell, gegründet auf Zusammenarbeit, Solidarität und gemeinsamen Werten, ist nicht nur nach wie vor relevant, sondern heute wichtiger denn je.

Mit Blick auf die letzten Wochen unserer Präsidentschaft bleibt Zypern fest entschlossen, den Dialog zu fördern, Vertrauen zu schaffen und die Einheit der Mitgliedstaaten zu stärken. Diese Herausforderungen stellen unseren Zusammenhalt und unsere Einigkeit sehr oft auf die Probe. Der EU-Binnenmarkt ist sehr wichtig und zentral für unseren Wohlstand. Wir sind aber noch sehr viel mehr als nur das. Wir sind mehr als ein institutionelles Gefüge. Wir sind ein freiwilliger Zusammenschluss von Staaten und Gesellschaften, die sich bewusst für Vielfalt, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und gegenseitigen Respekt entschieden haben. Diese Werte bilden das Fundament unseres europäischen Zusammenlebens und sind zugleich Quelle unserer Stärke, unseres Wohlstands und unseres Einflusses in der Welt.

Viele dieser Errungenschaften - Frieden, Freizügigkeit, wirtschaftliche Stabilität, soziale Rechte und gemeinsame Standards - werden heute sehr oft als selbstverständlich hingenommen. Das sehe ich auch bei meinen Kindern. Aber ich habe auch andere Zustände erlebt: Als es Anfang der 1990er Jahre in Zypern noch keine Universität gab, musste man ein Land finden, in dem man studieren konnte. Ich durfte damals in Frankreich studieren. Dort erfuhr ich, was es für die Franzosen bedeutete, mit Erasmus in anderen Ländern studieren zu können. Ich selbst durfte mit Erasmus ein Jahr lang in Köln studieren. Danach konnte ich Deutsch als Arbeitssprache nutzen. Erasmus ist ein wunderbares Programm, was ich aus erster Hand bestätigen kann.

Diese Errungenschaften werden sehr oft als selbstverständlich wahrgenommen, besonders von den Jüngeren, die es nicht anders kennen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir sie schützen. Es liegt an uns allen, sie zu bewahren, weiterzuentwickeln und den kommenden Generationen eine EU zu hinterlassen, die geeint, wertebasiert und handlungsfähig bleibt, denn das sind unsere Stärken.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Abg. **Anna Bauseneick** (CDU): Vielen herzlichen Dank für diesen Impuls und auch für die optimistischen Worte am Ende. Dass Ihre Zuversicht in den nächsten drei Wochen mit einem entsprechenden Ergebnis belohnt wird, wäre sehr wünschenswert.

Zunächst noch einmal ein herzliches Dankeschön für diese Übersicht, die ich sehr spannend finde. Ich habe auf meinem Ausdruck zwischen „Wettbewerbsfähigkeit“ und „ein langfristiger Haushalt“ eine Linie gezogen und „Planbarkeit“ ergänzt.

Zypern, wo es im März erst einen Drohnenvorfall gegeben hat, liegt näher an der Krisenregion des Nahen Ostens als jeder andere EU-Mitgliedstaat. Es ist nachvollziehbar, dass das Thema „Sicherheit, Verteidigungsbereitschaft und Krisenvorsorge“ eine eigene Säule bildet. Gerade Krisenvorsorge ist eine sehr treffende, nachvollziehbare Wahl. Auch in Bezug auf die Fragen der Stabilität im östlichen Mittelmeerraum und das Verhältnis von Europa und Türkei sind Sie näher dran als alle anderen. Mich interessiert Ihre Einschätzung hierzu, ebenso Ihre Erwartungshaltung gegenüber der EU. Gerade wurde auch ein strategisches Abkommen zwischen Frankreich und Zypern geschlossen, das in diesem Zusammenhang von wesentlicher Bedeutung ist. Vielleicht können Sie noch einige Punkte zu der Rolle Frankreichs und den damit einhergehenden Erwartungen und Wünschen sagen.

Botschafterin **Maria Papakyriakou:** Die Frage gibt mir die Gelegenheit, ein wenig von unserer Perspektive in dieser Region zu erzählen. Ich bin auch dankbar für die Frage nach Frankreich.

Zwar war Zypern nicht das Ziel des genannten Drohnenangriffs, sondern der Militärstützpunkt Großbritanniens in Akrotiri, dennoch war es ein Angriff auf das Territorium der Republik Zypern und letztlich ein Angriff auf EU-Territorium, und zwar zum ersten Mal seit Beginn dieses Krieges. Es ist wichtig, das zu unterstreichen - nicht, um Panik zu verbreiten, sondern um besser zu verstehen, dass die EU von dieser Krise unmittelbar betroffen ist. Und das nicht nur, weil wir es an der Tankstelle oder bei den Flugpreisen sehen, sondern weil wir auch im Bereich Sicherheit ganz direkt betroffen sind.

Es wird versucht, in jeder Krise auch eine Chance zu sehen. Der Angriff war zugleich eine Chance für die EU, zu zeigen: Wir stehen solidarisch beieinander, und wenn etwas passiert, sind wir alle bereit. Es wurde schnell gehandelt - zwar rein symbolisch, weil niemand die Absicht hatte, in eine kriegerische Situation einzutreten, aber kurz danach waren die Franzosen, die Spanier, die Italiener und die Griechen sehr schnell mit Militärmitteln bei uns präsent, um zu zeigen: Wir sind alle hier, wenn ein Mitgliedstaat angegriffen wird, auch wenn es sich, wie gesagt, nicht um einen direkten Angriff auf Zypern handelte.

Wir waren auch sehr dankbar, dass eine Woche später, Anfang März, der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Johann David Wadephul, in Zypern war und sich bei der Pressekonferenz mit meinem Außenminister öffentlich sehr solidarisch gegenüber Zypern geäußert hat. Er hat gesagt: Wenn Zypern uns braucht, sind wir da. Präsident Macron hat gesagt: Wenn Zypern angegriffen wird, dann ist es die Europäische Union, die angegriffen wird. Das ist bei uns zu Hause natürlich sehr gut angekommen.

Dieser Angriff hat uns allen ermöglicht, die Diskussion über den kollektiven Beistand in der EU gemäß Artikel 42 Abs. 7 des Vertrags über die Europäische Union wiederzueröffnen. Wir alle wissen, dass wir am Anfang stehen; das ist alles eher politisch-theoretisch und noch nicht in der Praxis. Die Verteidigung der europäischen Staaten findet nach wie vor über die NATO statt. Es zeigt sich aber, dass wir im Bereich der autonomen Verteidigungsbereitschaft der EU mehr tun sollten. Wir waren sehr dankbar für diese solidarische Haltung und auch dafür, dass wir bei den verschiedenen Treffen und beim Gipfel, der im April bei uns stattgefunden hat - Bundeskanzler Merz war ebenfalls dabei -, diese Diskussion führen durften. Die Gefahr ist nicht rein theoretisch,

sondern sowas kann passieren. Wir haben es in Zypern gesehen. Was geschieht, wenn tatsächlich ein Mitgliedstaat angegriffen wird? Wie können wir reagieren? Auch wenn es noch viel Luft nach oben gibt, ist es gut, dass wir uns jetzt ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen.

Sie haben das Verhältnis zwischen Europa und der Türkei erwähnt. Wir liegen in der Tat mitten in der entsprechenden Region. Wie Sie wissen, ist die Situation für Zypern mit der Türkei sehr schwierig. Die Türkei besetzt nach wie vor ein Drittel der Republik Zypern. Es sind 50 000 türkische Soldaten im nördlichen Teil der Republik Zypern. Die Invasion hat vor über 50 Jahren stattgefunden, und dennoch ist die geteilte Insel weiterhin Realität. Die Tatsache, dass dies seit so langer Zeit der Fall ist, macht die Sache nicht legaler oder normaler. Die Situation mit der Türkei ist also schwierig. Zugleich sind wir die Ersten in der EU, die verstehen, was für ein wichtiges Land die Türkei ist. Wir wünschen uns natürlich, dass sich die Türkei stärker in eine demokratische Richtung bewegt.

Ich weiß, dass diese Beziehung für Deutschland sehr wichtig und nicht immer einfach ist. Für uns aber - Sie haben nach Wünschen und Erwartungen gefragt - ist die Unterstützung Deutschlands auch bei der Lösung der Zypern-Frage, die nur mit Zustimmung der Türkei möglich ist, von großer Bedeutung. Der Schlüssel hierfür liegt in Ankara. Deutschland hat hier eine ganz besondere Rolle zu spielen: Innerhalb der EU ist Deutschland das einzige Land, das noch einen Hebel gegenüber Ankara hat; auch wenn seine Wirkung begrenzt und die Beziehung schwierig ist. Deshalb ist es für uns wichtig, dass in diesen Diskussionen mit der Türkei nicht vergessen wird, auch ein konstruktives Verhalten der Türkei in dieser Frage einzufordern.

Sie haben Frankreich erwähnt. Für mich als Botschafterin meines Landes ist es immer wieder wichtig, im Auswärtigen Amt und im Kanzleramt zu sagen: Deutschland ist das wichtigste Land in der EU, und wir erwarten, dass Deutschland bei uns sehr aktiv ist. Traditionell sind wir mit Frankreich sehr eng verbunden, und wir haben jahrzehntelang auf das strategische Abkommen hingearbeitet. Die Natur dieser Beziehung ist aber eine andere: Die Deutschen tun viel und sagen weniger. Bei all den Gesprächen, die ich in diesen fünf Jahren geführt habe, wusste ich, man kann sich darauf verlassen, dass auch getan wird, was die Gesprächspartner versprechen. Obwohl wir in einer anderen Region liegen, pflegen wir eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland. Für Deutschland haben aufgrund der Geografie wahrscheinlich der Osten und Zentraleuropa Priorität. In den letzten Jahren haben wir im Bereich der Evakuierungen ebenso wie bei UNIFIL, für das Zypern die Basis war, und in Sachen Verteidigung sehr eng mit Deutschland zusammengearbeitet. Manchmal geht die Kooperation etwas langsamer voran als mit Frankreich, aber sie beruht auf einer sehr vertrauensvollen Basis: Es wird wenig Aufhebens darum gemacht, aber die Ziele werden erreicht. Ich hoffe, wir können irgendwann auch die Zusammenarbeit mit Deutschland so würdigen, wie wir es mit Frankreich getan haben. Wir sind sehr dankbar für die substanzielle Unterstützung und würden uns in der Frage der Türkei, aber auch in der Frage der Sicherheit von Deutschland nach wie vor Solidarität wünschen.

Abg. **Christoph Eilers** (CDU): Sie sprachen den Frust mancher Länder darüber an, dass der EU-Aufnahmeprozess so lange dauert. Das hat seinen Grund: Die EU stellt hohe Anforderungen an eine Mitgliedschaft, und Entscheidungen erfordern Einstimmigkeit. Uns ist wichtig, verlässliche Partner zu haben und gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Wir kennen die damit verbundenen Schwierigkeiten. Vielleicht können Sie gerade zur Einstimmigkeit noch Ihre Perspektive erläutern.

Sie haben vorhin erwähnt, dass es nun gelungen sei, die 90 Milliarden Euro für die Ukraine freizugeben, weil derjenige, der blockiert hatte, politisch ausgewechselt wurde. Die Länder - ich nehme Montenegro als Beispiel - sind zwar auf einem guten Weg, erfüllen aber noch nicht alle notwendigen Punkte. Nun gibt es auch mit Blick auf die Ukraine Vorschläge, eine Art Partnerschaft zweiter Klasse zu schaffen oder möglichen Beitrittsländern zumindest stärker die Hand zu reichen, um sie an sich zu binden, auch wenn sie kein Vollmitglied sind. Bitte erläutern Sie, ob Sie so etwas begrüßen oder ob Sie meinen, man müsse den langen Weg in Kauf nehmen, damit wirklich alle Vorgaben erfüllt sind.

Ich persönlich sehe darin ein Risiko. Wir wollen die EU gerne und möglichst schnell erweitern und als Europäer geschlossen auftreten. Aber die Erfahrung zeigt, dass wir manchmal vorsichtig sein müssen. Die Vorgaben dürfen nicht nur auf dem Papier erfüllt sein, sondern müssen auch gelebt werden.

Botschafterin **Maria Papakyriakou:** Die Frage der Erweiterung ist sehr wichtig. Hier liegt ein Dilemma vor. Wie schaffen wir das? Der Weg ist vorgegeben, klar definiert, sehr lang, und es kann auf ihm keine Kompromisse geben. Der gemeinschaftliche Besitzstand als Teil der Kopenhagen-Kriterien - alles muss erfüllt werden, bevor ein Land als Mitgliedstaat aufgenommen werden kann. Darin sind wir uns in der EU grundsätzlich einig. Deshalb ist es wichtig, dass wir diese Diskussion führen: Wie kann man während dieses langen, unvermeidbaren Weges die EU für die betreffenden Länder, ihre Regierungen und ihre Bevölkerung zugänglicher machen, sodass sie den Mut und die Hoffnung nicht verlieren, dass der Beitritt tatsächlich irgendwann geschieht?

Für einige Regierungen schafft dieser lange Weg mit seinen Verzögerungen auch die Versuchung, mit Mächten zusammenzuarbeiten, die nicht unbedingt in unserem Interesse handeln. Daher ist es für die EU wichtig, das Interesse dieser Länder in der Praxis lebendig zu halten. Sie alle wissen, dass Bundeskanzler Merz unlängst einen entsprechenden Vorschlag gemacht hat, für die Ukraine, aber auch für den Westbalkan. Dieses Thema wurde auch während des EU-Westbalkan-Gipfels letzte Woche ausführlich besprochen. Man möchte sicherstellen, dass das Ziel weiterhin ein Vollbeitritt bleibt. Die Frage ist trotzdem: Wie kann man die EU zugänglicher machen? Es gibt viele Vorschläge und Ideen: eine Teilnahme als Beobachter in Formaten des Rates, das Programm Erasmus+, „Roam like at home“ und viele weitere.

Sie haben von einer „Partnerschaft zweiter Klasse“ in Bezug auf die Ukraine gesprochen. Das ist sicher nicht die Absicht, auch nicht bei uns in Zypern. Als Ratspräsidentschaft haben wir uns sehr bemüht, das Beitrittsverfahren der Ukraine voranzubringen. Präsident Selenskyj war mehrmals bei uns eingeladen und auch beim Gipfel im April zugegen.

Wie kann man der Ukraine auf diesem langen Weg helfen? Die EU muss auch bereit sein, neue Mitgliedstaaten aufzunehmen; ihre Aufnahmefähigkeit muss gestärkt werden. Deshalb ist es wichtig, dass der Beitritt Montenegros als gutes Beispiel dienen können wird, denn dies zeigt, dass es tatsächlich gelingen kann. Es ist ein kleineres Land, daher kann es schneller gehen. Sie haben gesagt, diese Anpassung dürfe nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müsse auch in der Praxis gelebt werden. Ich glaube, wir sind in der EU sehr vorsichtig und wollen sicherstellen, dass die Kriterien wirklich erfüllt sind, ehe es soweit ist.

Wir begrüßen natürlich alle Bemühungen, Wege zu finden, um die Beitrittsländer an uns zu binden. Zugleich waren wir als Vorsitz des Rates von Anfang an sehr deutlich: Der Weg zu einem Beitritt ist bekannt, und es gibt keine Abkürzungen. Das muss so sein. Die Diskussion steht noch

am Anfang, aber ich habe den Eindruck, dass wir in der EU alle verstehen: Es muss zu einer ernsthaften Entscheidung darüber kommen, wie wir den Beitritt für die Kandidaten in der Praxis erfahrbarer machen.

Abg. **Immacolata Glosemeyer** (SPD): Gerade der letzte Punkt, den auch mein Kollege angesprochen hat, hat mich ein wenig bewegt. Ich finde, es ist richtig, diejenigen, die sich der EU anschließen möchten, zu unterstützen und ihnen zu signalisieren, dass sie auf dem richtigen Weg sind und an gewissen Stellen vielleicht sogar schon mitwirken können. Zugleich muss aber - da bin ich auf der Linie meines Kollegen - auch die Akzeptanz bei den Mitgliedstaaten und bei der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten vorhanden sein. Denn es ist ein hohes Gut, dass man in dieser Wertegemeinschaft mit den selbst gegebenen Werten zusammenarbeitet und füreinander einsteht. Ich verstehe den Grund für den Spagat: Zu sagen, es solle auch keine Mitgliedschaft zweiter Klasse geben, ist richtig, aber man muss den Pfad mit hoher Sensibilität gehen. Danke, dass Sie diese Worte in Ihrer Einschätzung gefunden haben.

Eine Frage habe ich noch zum MFR, der viele und uns in Niedersachsen besonders beschäftigt. Wir hatten dazu einen Entschließungsantrag, und wir haben eine Landesförderstrategie beschlossen, wie Ihnen sicherlich bekannt ist. Wir haben eine Ministerin, die sich dafür sehr stark gemacht hat. Unsere Sorge betrifft gerade die Reduzierung der finanziellen Mittel. Wir sind ein Flächenland, für das der ESF+ sehr wichtig ist. Wir sind da sehr aktiv und erfolgreich, und das möchten wir bleiben. Daher die Frage: Wie verlaufen die Gespräche? Sie hatten angedeutet, dass es noch unterschiedliche Einschätzungen gibt. Wie sehen diese Einschätzungen konkret aus?

Abg**. Tamina Reinecke** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Botschafterin, auch für Ihren guten Vortrag zu den fünf Themen und für die sehr konstruktive Herangehensweise dieser Ratspräsidentschaft an diese Themen.

Anschließend an die Frage von Frau Glosemeyer: Sie haben die Kohäsionspolitik als wichtiges und starkes Standbein der EU genannt. Wir nutzen die Mittel sehr aktiv für Demokratie, für Klimafolgenanpassung und für die Transformation der Wirtschaft bei uns im Land. Mich interessiert, was die Kohäsionsmittel für Sie in Zypern bedeuten und wofür sie hauptsächlich genutzt werden. Wir wissen sehr gut, wofür wir sie brauchen, aber ich glaube, es ist in der Diskussion auch gut zu sehen, wie wichtig die Kohäsionspolitik für die verschiedenen Länder ist und in welche Richtung die Diskussion auf EU-Ebene gehen kann.

Botschafterin **Maria Papakyriakou:** Ich wünschte, ich könnte zur Frage des MFR etwas mehr sagen. Ich habe es mehrfach bei den Kolleginnen und Kollegen versucht und erhalte stets nur Einschätzungen sowie die Zuversicht, dass es bis zum Ende der Ratspräsidentschaft tatsächlich ein gutes Resultat geben wird - eine erste Einigung, die die spätere Verhandlung auf der politischen Ebene ermöglicht.

Deshalb war das Treffen im Februar so wichtig. Unser dafür zuständiger Innenminister hat betont, wie wichtig es für uns als Mitgliedstaat, aber auch als Vorsitz der Europäischen Union ist, dass man in dieser Verhandlung die Sorgen und Erwartungen sehr ernst nimmt. Nach jeder Reise in ein Bundesland und einen Landtag habe ich die Sorgen und Kommentare Ihrer Kolleginnen und Kollegen - die überall sehr ähnlich sind - sehr sorgfältig nach Nikosia und Brüssel kommuniziert.

Die Umsetzung der Kohäsionspolitik hat bei Ihnen zu Erfolgsgeschichten geführt, und ich bin zuversichtlich, dass dies auch der Bundesebene klar ist. Letztlich wird es eine Entscheidung der Bundesregierung sein. Deutschland ist ein föderaler Staat: Wenn die Bundesländer nicht erfolgreich sind, ist das ein Grund zur Sorge. Daher bin ich zuversichtlich, dass das Thema intern sehr ernst genommen wird. Das Mitspracherecht der Länder in Bezug auf die Verwendung dieser Mittel ist ein ganz wichtiges Anliegen der EU-Ratspräsidentschaft Zyperns. Das war ein roter Faden in allen Diskussionen, die dazu geführt wurden.

Wir haben die Kommissionsmittel nicht nur für Umweltprojekte, grünen Wandel und Innovation etc. eingesetzt, sondern in besonderem Maße auch für den Tourismus, der für uns ein besonders wichtiger Wirtschaftszweig ist.

Abg. **Uwe Schünemann** (CDU): Die Haushaltssituation ist bekanntlich nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern teilweise dramatisch. In Deutschland müssen wir bei den Haushaltsberatungen noch ein Defizit von 20 Milliarden Euro schließen; nach der aktuellen Prognose könnten es perspektivisch 100 Milliarden Euro werden. Damit ist eigentlich klar, dass eine Ausweitung, wie sie die Kommission derzeit mit weit über 2 Billionen Euro vorschlägt, schlichtweg nicht zu akzeptieren ist.

Wir sind uns wohl einig - Sie haben es angedeutet -, dass Verteidigung ein neuer, ganz wichtiger Schwerpunkt ist. Wettbewerbsfähigkeit ist das klassische Thema der EU. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir Forschung und Innovation in den Blick nehmen. Das sind die drei Themen, die man gewissermaßen vor die Klammer ziehen muss. Und dann kommen wir Bundesländer, die sich zu Recht über Strukturmittel freuen, um damit tatsächlich etwas bewirken zu können. Ich will nicht falsch verstanden werden: Ich sehe das ebenso; auch wenn man es sich an mancher Stelle etwas einfacher machen könnte, aber das ist eine andere Diskussion.

Sie haben optimistisch wissen lassen, dass man das alles gut in den Griff bekommen wird, mir hingegen fehlt hierfür die Fantasie. Irgendwo wird man ja ansetzen müssen, und ich bin wirklich gespannt, wo das sein wird.

Botschafterin **Maria Papakyriakou:** Es wäre schön, wenn Sie heute auch mit den Leuten sprechen könnten, die das täglich verhandeln, denn die hätten mehr dazu zu sagen. Sie haben recht. Ich habe vorhin kurz erwähnt: Wenn die Endsumme nicht größer werden darf - und das ist nicht nur für Deutschland eine rote Linie -, dann muss man in der Tat sehr viel Fantasie haben.

Die Zuversicht der Kolleginnen und Kollegen muss sich auf etwas gründen. Die Verhandlung des MFR war noch nie eine einfache Aufgabe; es hat immer sehr lange gedauert, bis wir zu einem Ergebnis gekommen sind. Wir werden das auch dieses Mal schaffen. Aktuell ist der Druck noch etwas größer, da wir die politische Einigung nach Möglichkeit vor wichtigen Wahlterminen in verschiedenen EU-Ländern erreichen möchten. Manchmal ist es besser, unter Druck zu arbeiten - hoffentlich lässt sich dann mit etwas Fantasie mehr erreichen, um den erforderlichen Spagat zu bewältigen.

Man muss die Zahlen anerkennen; Sie haben die Lücken benannt. Es ist gesund, sich kritisch zu diesen Defiziten zu äußern, aber Deutschland hat innerhalb der EU eine sehr starke, sogar die stärkste Wirtschaft. Man muss trotzdem die Fakten ernst nehmen. Zugleich gilt: Wir haben es in der EU jedes Mal geschafft, so schwierig es auch war. Wir haben auch die Aufgaben der Sanktionen und des Darlehens für die Ukraine lösen können, obwohl das zunächst nicht möglich

schien. Wir schaffen es immer, und wir werden es auch dieses Mal schaffen. Ich bin zuversichtlich, dass auch die Interessen der Länder ausreichend berücksichtigt werden.

Abg. **Barbara Otte-Kinast** (CDU): Die Amtszeit Zyperns läuft in 19 Tagen aus. Sie haben sich Ziele gesetzt, etwa die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts. Zugleich stehen wir vor immer größeren Herausforderungen. Wir haben das zwar, wie Sie sagten, immer alles irgendwie geschafft, doch jetzt haben wir einen Krieg innerhalb Europas und eine Corona-Pandemie hinter uns, die in allen Ländern Finanzlücken hinterlassen hat. Ich stelle mir das sehr schwer vor.

Sie müssen eine Übergabe an Irland mit guten Ratschlägen und mit Zuversicht vornehmen, und die Iren müssen dieses Problem dann irgendwie in den Griff bekommen. Sich die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts als Ziel zu setzen - so habe ich Sie verstanden, als Sie vor einem halben Jahr angetreten sind -, ist in diesen Zeiten unheimlich schwierig. Angesichts der genannten Herausforderungen ist es schwer, die Länder zusammenzuhalten, Zuversicht auszustrahlen und sozial beieinander zu bleiben. Sie haben nur einige Punkte gestreift, etwa sozialen Wohnungsbau, bezahlbares Wohnen etc.

Ich denke, wir würden uns etwas vormachen, wenn wir nicht ehrlich darauf blickten: Die Zeiten sind schwierig und werden noch schwieriger. Ich frage mich daher: Woher nehmen Sie die Zuversicht, die Sie heute auch ausstrahlen? Wir alle müssen dies unseren Bürgerinnen und Bürgern mitgeben. Gerade in unserem Ausschuss stehen wir für Europa und den europäischen Gedanken. Doch in diesen Zeiten ist es schwer, in Europa zusammenzuhalten, und jeder will an das Geld: Die einen wollen Geld fürs Klima, Verteidigung ist ein neues großes Ziel, dann Ernährungssouveränität - wir haben so viele Aufgaben. Diese bei einem Topf, der eher kleiner wird, gemeinsam zu bewältigen, ist eine Riesenherausforderung. Was geben Sie Ihren Nachfolgern mit auf den Weg, damit sie dieselbe Zuversicht wie Sie verbreiten können?

Botschafterin **Maria Papakyriakou:** Es wäre nicht verantwortlich, die Probleme, Risiken und Krisen kleinzureden. Es ist wichtig, dass die Wählerinnen und Wähler sich der Herausforderungen ganz bewusst sind - und auch der Tatsache, dass manchmal auch Opfer erforderlich sind, dass Dinge, die früher bequemer waren, nicht mehr in der gleichen Weise weiterlaufen können. Es ist wichtig, dass wir nicht einfach sagen, dass alles gut wird, sondern den Bürgerinnen und Bürgern zugleich klarmachen: Es ist nun anders: Wir haben Krieg in Europa, und das heißt, Verteidigung ist wichtig.

Wie gelingt uns der soziale Zusammenhalt? Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir in der EU nur dann erfolgreich sein können, wenn wir zusammenhalten. Deshalb ist die Spaltung das Erste, was wir vermeiden müssen, und dafür müssen wir sicherstellen, dass es unseren Gesellschaften gut geht. Die Politiken in diesem Bereich sind sehr wichtig, und wir haben uns bemüht, in diesem Bereich so sehr wie möglich voranzukommen.

Wie findet man die Balance zwischen der Ehrlichkeit über den Ernst der Lage und der notwendigen Zuversicht, dass wir es in der EU auch dieses Mal schaffen werden? Ich glaube, wir sind manchmal zu kritisch in der Darstellung von Dingen in der Öffentlichkeit. Manchmal haben wir nicht genug Selbstbewusstsein in der EU hinsichtlich dessen, was wir können. In einer Demokratie ist es natürlich gesund, in der Öffentlichkeit zu debattieren. Aber was würden wir ohne Zuversicht tun? Wenn wir selbst nicht daran glauben, dass wir es schaffen können, sind die Chancen geringer. Wir erleben das in Zypern, weil auch wir eine Krisenregion sind.

Wir möchten die Bürger schützen und nicht unnötig Panik verursachen. Diese Balance zu finden, ist auch für Sie als Abgeordnete eine schwierige Aufgabe: den Menschen klarzumachen, dass wir jetzt in einer anderen Welt sind, in der manche Dinge sich verändert haben, woran wir uns auch anpassen müssen, und dass wir es zugleich in der EU gemeinsam schaffen können.

Es tut mir leid, dass ich keine konkreten Antworten habe, aber ich bin tief davon überzeugt, dass wir es schaffen werden. Wir schaffen das aber nur gemeinsam. Die Herausforderung, die wir mit dem Haushalt haben, ist riesig. Aber wir wissen alle: Ohne ein stabiles, robustes Budget können wir all die politischen Prioritäten, den Schutz der Bürger und die Verteidigung der Werte, die wir vertreten, nicht umsetzen. Für ein Gelingen müssen alle Kompromisse eingehen.

Die Iren sind sehr optimistische, starke Leute. Sie haben die Finanzkrise sehr gut bewältigt, ebenso wir in Zypern. Man kennt solche Situationen also. Ich bin zuversichtlich. Sie bekommen von uns eine gute Grundlage, und unsere Politiker werden die Herausforderungen hoffentlich bis Ende des Jahres sehr gut angehen können.

Vors. Abg. **Anna Bauseneick** (CDU): Vielen herzlichen Dank an dieser Stelle - dafür können wir einen Applaus vorwegnehmen.

(Beifall)

Sie haben deutlich gemacht, welche Herausforderungen bestehen. Sie haben es selbst formuliert: eine Wertegemeinschaft, die niemanden zurücklässt. Deutlich geworden ist aber auch die Unterschiedlichkeit der einzelnen Länder, die gewahrt bleiben muss. Zugleich sagten Sie, welche Hoffnungen an der einen oder anderen Stelle bestehen, etwa in Ländern wie Montenegro oder Moldau. Ich war selbst in diesen Ländern unterwegs und weiß, welche Hoffnung dort in die EU gesetzt wird.

Ich habe mir die Stichworte „Chancen“, „Zuversicht“, „Optimismus“, „Resilienz“ und „Fantasie“ notiert - all das wird insbesondere in den nächsten Wochen wichtig sein. Wenn man nach Irland blickt, das zum 1. Juli den Vorsitz übernimmt, mag das Kleeblatt uns hoffnungsvoll stimmen, dass das Ganze gelingt.

In diesem Sinne danke ich Ihnen im Namen des Ausschusses sehr herzlich, dass Sie bei uns waren. Wir drücken für die entscheidenden Wochen die Daumen.

***

Tagesordnungspunkt 2:

Unterrichtung durch die Landesregierung zum Zwischenbericht „Zukunftsregion Südniedersachsen 2023 - 2029“

Unterrichtung

Herr **Krieger** (SüdniedersachsenStiftung) führt auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 1**) Folgendes aus:

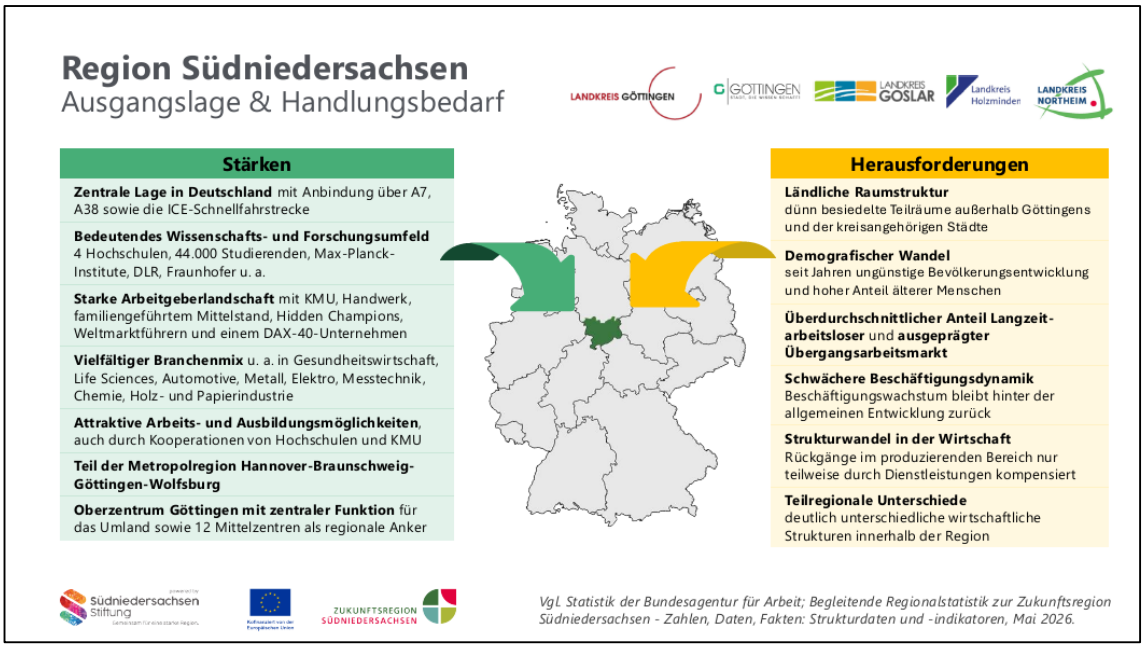
Wir kommen vom großen Europa in das kleine Südniedersachsen - allerdings in ein Südniedersachsen, das mitten in Europa liegt. Vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, Ihnen den Sachstand zur Zukunftsregion Südniedersachsen näherzubringen.

Eigentlich säße heute Landrätin Klinkert-Kittel aus Northeim neben mir, um in das Thema einzuführen. Leider musste sie ihre Teilnahme heute aber absagen. Sie hat sich sehr über das Interesse dieses Ausschusses und auch der Staatskanzlei an Südniedersachsen gefreut. Ihre Aufgabe wäre es heute gewesen, aus kommunaler Perspektive zu zeigen, wie das Förderinstrument, um das es heute geht, in Südniedersachsen angenommen und ganz konkret mit Leben gefüllt wird. Diese Aufgabe übernehme ich gern für sie.

Der Steuerungsgruppe der Zukunftsregion Südniedersachsen, die ich vertrete, ist es wichtig, deutlich zu machen, dass wir dieses Förderprogramm aktiv nutzen und auch brauchen. Es gibt dazu auch ein Schreiben, das Frau Klinkert-Kittel im Namen der Steuerungsgruppe unterschrieben hat. Daran wird deutlich: Die Zukunftsregion ist für Südniedersachsen ein zentrales Instrument regionaler Entwicklung.

Kurz zu mir: Ich leite den Bereich Regionalmanagement in der SüdniedersachsenStiftung. Wir sitzen in Göttingen und verstehen uns als Austauschplattform, aber auch als Regionalentwicklungsagentur rund um die Themen Innovationsmanagement für neue Technologien, Bildung, Fachkräfte und Willkommenskultur sowie alles Weitere, was die interkommunale Zusammenarbeit in Südniedersachsen betrifft. Ich kenne die Zukunftsregion seit ihrer Interessenbekundungsphase, habe ihre Konzeptphase koordiniert und leite sie seit 2023 in Form des Regionalmanagements.

Anlass der heutigen Unterrichtung ist zum einen der Zwischenbericht, zum anderen eine kürzlich veröffentlichte EU-Kampagne namens „Europa in meiner Region“, die die Zukunftsregion Südniedersachsen in den Blick genommen und vier Projekte daraus in den Fokus gerückt hat. Ich werde Ihnen gleich zeigen, wie europäische Förderung konkret vor Ort wirkt. Diese Wirkung ist nicht immer auf den ersten Blick sichtbar, und sie entsteht auch nicht zufällig, sondern ist das Ergebnis jahrelanger Zusammenarbeit.

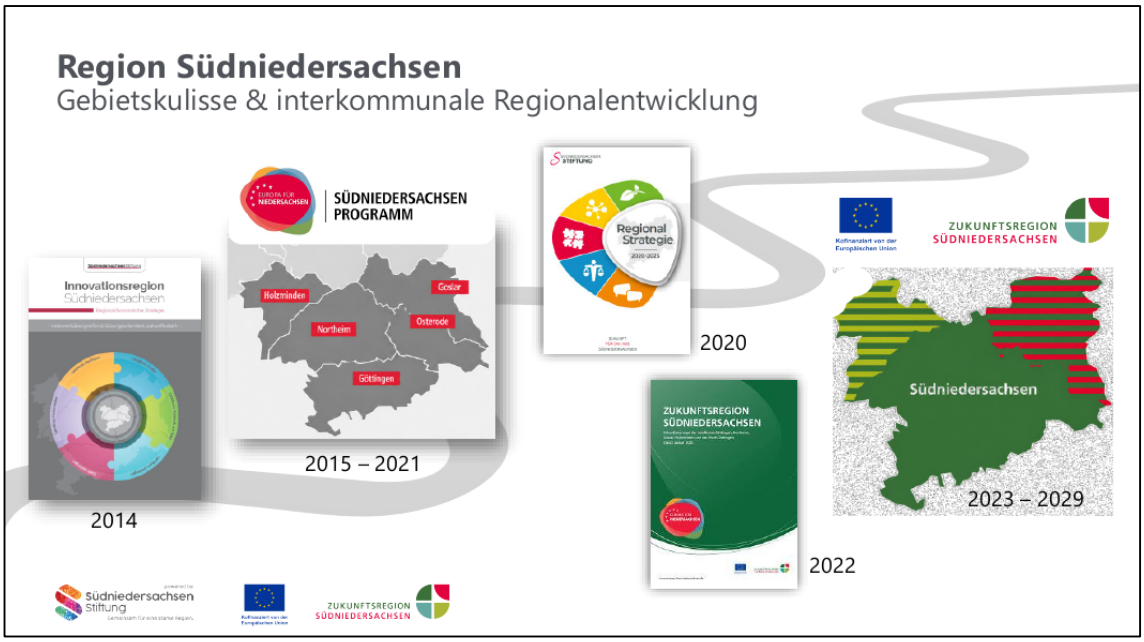


Zur Orientierung kurz ein paar Worte zu Südniedersachsen, das im Herzen Deutschlands liegt: Die Region verbindet eine zentrale Lage mit starker Wissenschaft, vielfältiger Wirtschaft und hoher regionaler Vernetzung. Sie profitiert von ihrer guten Erreichbarkeit, einem ausgeprägten Hochschul- und Forschungsumfeld sowie einer breiten Arbeitgeberlandschaft aus kleinen und mittleren Unternehmen, Handwerk, familiengeführtem Mittelstand, Hidden Champions und einem DAX-40-Unternehmen in Holzminden. Hinzu kommt ein vielfältiger Branchenmix. Göttingen ist das Oberzentrum und der Kern der Region, gefolgt von zwölf Mittelzentren mit Ankerfunktion.

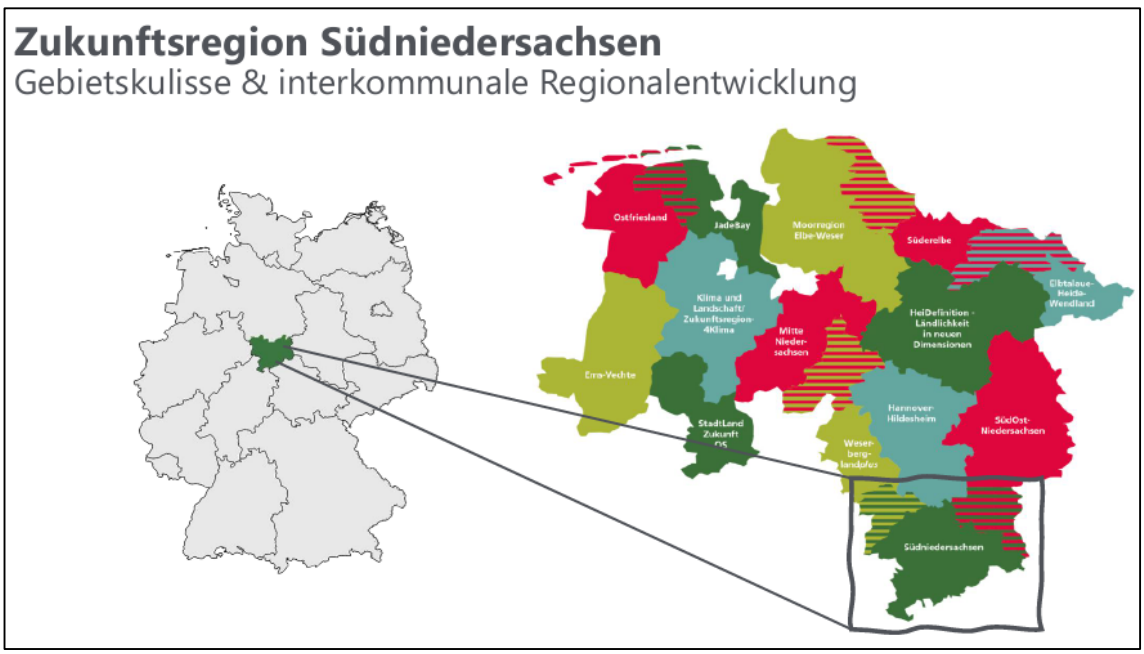
Neben diesen Stärken gibt es auch gewisse - vor allem strukturelle - Herausforderungen, die sich nicht bestreiten lassen und diese Region auch prägen. Dazu zählt die ländliche Raumstruktur; wir sind vom demografischen Wandel stark betroffen. Im Bereich der Beschäftigung sind ein überdurchschnittlicher Anteil an Langzeitarbeitslosen ebenso wie ein ausgeprägter Übergangsmarkt - was für Hochschulstandorte nicht selten ist - und eine insgesamt schwächere Beschäftigungsdynamik zu nennen. Auch der Strukturwandel ist an der Region nicht vorbeigegangen. Der Rückgang des produzierenden Gewerbes konnte vom Dienstleistungssektor nur schwer kompensiert werden. Dabei ist Südniedersachsen keine homogene Region, sondern es gibt Teilregionen mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen.

Teil dieser Ausgangslage ist, dass fünf Kommunen über Kreisgrenzen hinweg zusammenarbeiten: die vier Landkreise Göttingen, Holzminden, Goslar und Northeim gemeinsam mit der Stadt Göttingen als Oberzentrum. Diese Zusammenarbeit ist notwendig, denn die großen Zukunftsaufgaben lassen sich nicht allein innerhalb einzelner Fachbereiche, Ressorts oder Verwaltungsgrenzen lösen. Wir haben es mit Fachkräftesicherung, Digitalisierung, Klimaanpassung, Mobilität und gesellschaftlichem Zusammenhalt zu tun. All diese Themen wirken gleichzeitig und greifen ineinander. Auf die Frage, wie eine Region handlungsfähig bleiben kann, antworten wir am Beispiel Südniedersachsens: durch Kooperation. Genau hier kommt die Zukunftsregion ins Spiel.

Sie ist für uns mehr als nur ein Förderinstrument. Etwas Vergleichbares gibt es gerade auf Landesebene nicht. Sie verbindet kommunale Verantwortung, europäische Mittel, regionale Strategien und gewachsene Partnerschaften.

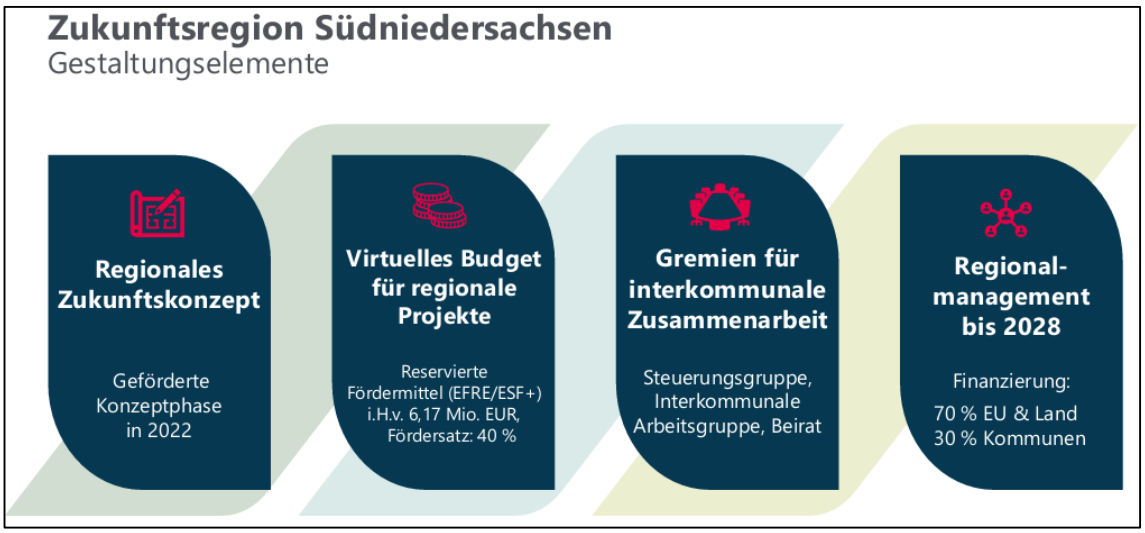


Hier sehen Sie den „Pfad“, den wir gegangen sind. Ich habe als Startpunkt einfach einmal das Jahr 2014 mit der „Innovationsregion“ gesetzt. Den Weg unserer heutigen Zusammenarbeit hat das Südniedersachsen-Programm bestimmt, welches für diese Region wesentlich war. Während dieses noch lief, haben wir bereits beschlossen, dass wir es fortsetzen wollen, und eine Regionalstrategie aufgesetzt. Diese wiederum war die Basis für das, was wir als Zukunftsregion brauchen: ein gemeinsames Zukunftskonzept. Seit 2023 arbeiten Göttingen, Goslar, Holzminden und Northeim zusammen.



Spannend ist, dass wir mit Holzminden und Goslar zwei Landkreise haben, die zugleich Verbindungen in die Zukunftsregionen Weserbergland+ und Südostniedersachsen haben. Jede Zukunftsregion tickt anders, arbeitet anders und ist unterschiedlich intensiv mit den jeweiligen Problemen beschäftigt; das erlebe ich im Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Regionalmanagements. Es haben sich auch Regionen zusammengefunden, die vorher nicht

zusammengearbeitet haben. Südniedersachsen hatte hier durch das Südniedersachsen-Programm eine gute Ausgangsbasis.



Wir arbeiten mit vier Gestaltungselementen:

Erstens haben wir uns ein regionales Zukunftskonzept gegeben, das die strategische Grundlage unserer Arbeit ist, die Ausgangslage beschreibt, Herausforderungen benennt und festlegt, in welchen Handlungsfeldern wir uns bewegen: zum einen die regionale Innovationsfähigkeit - also alles, was den EFRE betrifft - und zum anderen der Wandel der Arbeitswelt, Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe, also alles, was den ESF+ betrifft. Diese Kombination ist bewusst gewählt, denn sie verbindet die wirtschaftlichen Transformationsherausforderungen mit Innovation, Bildung, Fachkräftesicherung, Teilhabe und sozialem Zusammenhalt.

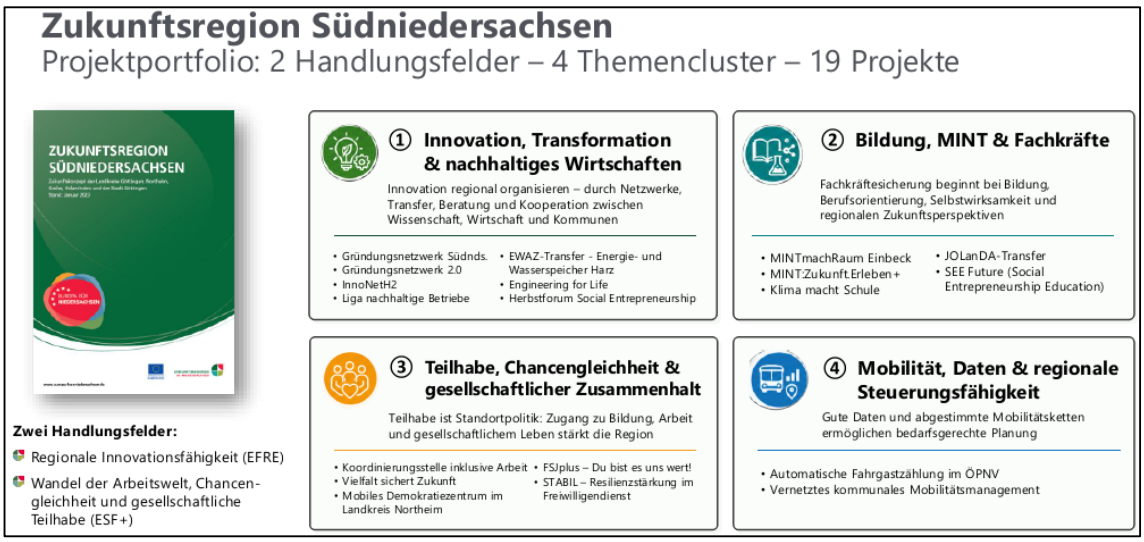
Zweitens haben wir Fördermittel erhalten. Ohne diese könnten wir keine Projekte umsetzen. Wir reden über knapp 6,2 Millionen Euro. Der primäre Wert liegt dabei nicht in der Fördersumme, sondern darin, dass die Region selbst Prioritäten setzen kann, für die sie die Mittel einsetzt.

Drittens haben wir eine verbindliche Gremienstruktur. Verpflichtend war eine Steuerungsgruppe. Aus dem Südniedersachsen-Programm heraus haben wir sie um einen Beirat und um eine interkommunale Arbeitsgruppe ergänzt, die die Anträge, die einer kommunalen Kofinanzierung bedürfen, gemeinsam operativ vorbereitet.

Viertens gibt es das Regionalmanagement, das von mir vertreten wird. Es wird zu 70 % aus EU- und Landesmitteln sowie aus Kommunalmitteln gefördert und ist zunächst bis 2028 finanziert. Das ist für uns ein wesentliches Element, denn es beantwortet die Frage, wie aus Ideen Projekte werden.



Der ideale Weg ist dieser: Ein Projekt und ein Projektträger - oder ein Verbund - stehen bereits fest. Verbünde sind bei uns sehr häufig, gerade bei diesem Förderprogramm, bei dem sich mehrere Partner zu Konsortien zusammenschließen. Wir als Regionalmanagement unter dem Dach der SüdniedersachsenStiftung sind für die Begleitung in allen Fragen da: von der Ideenentwicklung über die erste Prüfung der Förderrahmenbedingungen, die Vernetzung mit Partnern und die Mitarbeit an den Antragsskizzen bis zur Unterstützung bei Kofinanzierungsfragen. Wir gehen in die zuständigen Ausschüsse und Kreistage, sprechen dort vor, halten unsere Gremien am Laufen und begleiten die Umsetzung bis zum Verwendungsnachweis. Dieser Rahmen ist der wesentliche Motor des Förderprogramms. In dieser Governancestruktur wirken Steuerungsgruppe, Arbeitsgruppe und regionaler Beirat zusammen. Die Steuerungsgruppe entscheidet vor allem darüber, welche Projekte gefördert werden. Alle müssen sich im Zukunftskonzept wiederfinden oder sich daraus ableiten lassen.



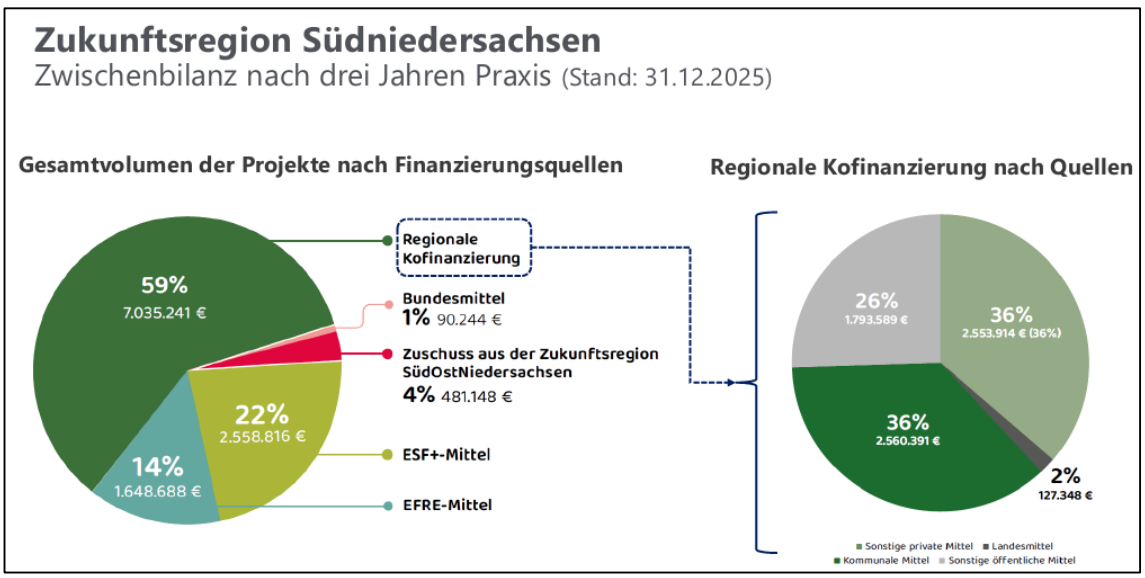
Unsere aktuell 19 Projekte verteilen sich auf die vier auf der Grafik abgebildeten Felder. Der Basisgedanke der ersten Kachel - Innovation, Transformation und nachhaltiges Wirtschaften - ist Strukturaufbau. Davon ausgehend sollen neue Projekte und Themen in der Region angeschoben werden. Das zweite Feld - Bildung, MINT und Fachkräfte - dreht sich vor allem um die Zukunft unserer Gesellschaft. Zudem soll es der betreffenden Personengruppe ermöglichen, später auch im ersten Themenfeld zu arbeiten. Das dritte Feld - Teilhabe, Chancengleichheit und

gesellschaftlicher Zusammenhalt - betrifft vor allem den Bereich des ESF+. Diese Themen der Teilhabe sind für uns sehr wichtig und quasi als Standortpolitik für die Stärkung der Region zu verstehen. Im vierten Themenfeld konnten die zwei Projekte, die auf der Folie genannt werden, für unseren Zweckverband Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen platziert werden. Das gibt Ihnen einen ersten Eindruck von der Themenvielfalt.



Aktuell, im Monat 41 von 81 der Umsetzungszeit, haben wir knapp 5,5 Millionen Euro unserer Projektgelder gebunden. Das entspricht 89 % unseres verfügbaren Budgets. Insgesamt reden wir über Projekte mit einem Gesamtvolumen von 15 Millionen Euro. Zu den 19 Projekten gehören 15 bereits laufende und bewilligte Projekte sowie vier, die noch vor der Bewilligung durch die NBank stehen.

Spannend ist der qualitative Aspekt hinter diesen Zahlen: Hinter unseren 19 Projekten stehen 41 Institutionen, die kreis- und institutionenübergreifend zusammenarbeiten. Die eingesetzten Mittel finanzieren 52 geförderte Vollzeitäquivalente - und damit eine noch größere Zahl an Personen, die daran ihre Anteile haben.



Interessant ist außerdem, dass wir 60 % der Kofinanzierung aus der Region aufbringen, die sich in etwa gleichmäßig auf drei Blöcke aufteilt: 36 % kommunale Mittel, 26 % Hochschulen, die ihre Eigenanteile etwa über Personalgestellung einbringen, und 36 % aus privaten Mitteln, vor allem Eigenmittel kommunaler Betriebe und Sponsorengelder. Hinzu kommen 2 % Landesmittel. Diese Aufteilung zeigt anschaulich, wie die Projekte umgesetzt werden und was für eine Komplexität dahintersteht.



Wir haben uns sehr gefreut, Teil der EU-Kommunikationskampagne „Europa in meiner Region - Südniedersachsen: Gemeinsam Eindruck hinterlassen“ geworden zu sein. Die EU-Kommission hat diese Kampagne finanziert und sie gemeinsam mit der Niedersächsischen Staatskanzlei umgesetzt. Wir haben eng zusammengearbeitet, um für die Projekte und eine Mitwirkung daran zu werben. Ziel der Kampagne ist es, die EU-Förderung und die in den Regionen eingesetzten Mittel sichtbar und kenntlich zu machen. Wenn man durch Südniedersachsen fährt, findet man häufig Plakate in den Mittelzentren, etwa an Bussen: Das Motiv ist eine Talsperre im Stil des traditionellen Blaudrucks als UNESCO-Kulturerbe. Wir haben dieses Motiv gewählt, weil damit das Projekt EWAZ-Transfer zum Energie- und Wasserspeicher Harz herausgegriffen wurde, das vor Kurzem seitens des Landes als Projekt mit strategischer Bedeutung eingestuft wurde.

(Herr Krieger zeigt ein 30-sekündiges Imagevideo.)



Zusätzlich haben wir vor Kurzem gegenüber Ministerin Melanie Walter, Frau Hauptman und der Landesbeauftragten Dr. Witt acht Projekte der Zukunftsregion vorgestellt. An diesem Tag wurde - auch gegenüber Schulklassen - präsentiert, was aus den Projekten heraus entstehen wird. Das ist sehr gut angekommen.



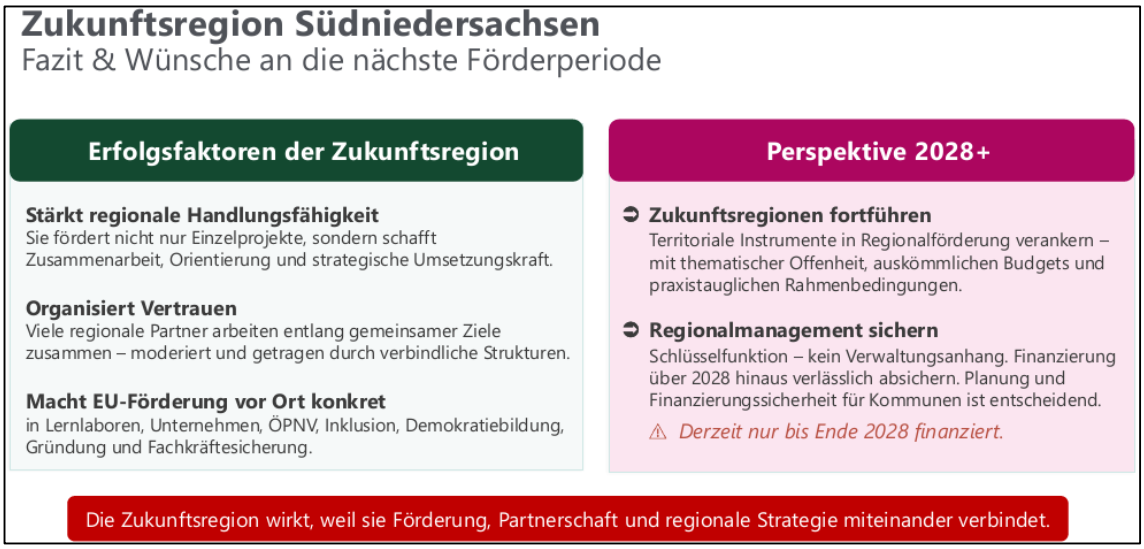
Wie geht es für uns weiter? Da 88 bis 89 % der Mittel gebunden sind, könnte man meinen, wir seien fast am Ende. Das ist mitnichten so, denn unsere oberste Priorität ist die Umsetzung des Zukunftskonzepts, für das wir weitere Projekte in petto haben. Wir steuern bereits andere Landes- und Bundesmittel an, um unsere Strategie umzusetzen. Aktuelle Themen, die noch hinzukommen, sind beispielsweise die interkommunale Abfallwirtschaft für die Region sowie die frühen Hilfen und die Randzeitenbetreuung.

Wir haben aber auch Projekte, die irgendwann eine Anschlussförderung brauchen - wenn sie so erfolgreich gelaufen sind, dass sie sich nach drei Jahren etabliert haben, müssen sie fortgesetzt

werden. Das ist für uns ein großes Thema - ebenso wie die Frage, wie die EU-Förderperiode für uns als Region ab 2028 weiterläuft. An der Aufstellung der Landesförderstrategie haben wir uns als Region und insbesondere als Regionalmanagement beteiligt und schauen nun gespannt auf den weiteren Verlauf.

Die Zukunftsregion mit ihrem Regionalmanagement bleibt auch bei knapper werdenden Mitteln ein Gestaltungsinstrument. Das werden wir nach den Kommunalwahlen den neuen Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten mitgeben, die dann in unserer Steuerungsgruppe Platz nehmen.

Die Landrätin Klinkert-Kittel hätte Ihnen an dieser Stelle noch ein kleines Fazit und einige Wünsche mitgegeben, die ich Ihnen kurz erläutern möchte. Denn genau dafür sind wir heute hier: nicht nur, um zu berichten, sondern um Ihnen zu zeigen, dass aus einem Förderinstrument echte regionale Gestaltung werden kann.



Drei Dinge haben diese Wirkung möglich gemacht:

Erstens stärkt dieses Förderinstrument die regionale Handlungsfähigkeit. Gerade in ländlich geprägten Räumen brauchen wir Instrumente, die nicht nur Einzelmaßnahmen fördern, sondern Zusammenarbeit ermöglichen und strategisch ausrichten.

Zweitens lässt es Vertrauen innerhalb der Region wachsen. Die Zusammenarbeit zwischen den vier Landkreisen und der Stadt Göttingen und zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Sozialpartnern und Zivilgesellschaft ist nicht selbstverständlich; sie muss weiterhin moderiert, organisiert und gepflegt werden.

Drittens macht ein solches Instrument europäische Förderung sichtbar - nicht als abstrakte Förderarchitektur, sondern in Form von Lernlaboren, Unternehmen und ÖPNV, überall dort, wo die Mittel ankommen und etwas bewirken.

Daraus ergeben sich für unsere kommunalen Akteure zwei zentrale Anliegen für die nächste Förderperiode:

Zum einen haben wir die Bitte, die Zukunftsregionen fortzuführen und sie als tragende Säule in der EU-Landesförderstrategie der nächsten Periode zu verankern. Wir mussten im Austausch mit den anderen Zukunftsregionen immer wieder feststellen, dass die ländlichen Räume ganz

unterschiedliche Ausgangslagen haben und Transformation nicht überall gleich verläuft. Ein gutes Instrument, wie es die Zukunftsregionen aus unserer Sicht sind, braucht deshalb thematische Offenheit, auskömmliche Budgets und praxistaugliche Rahmenbedingungen.

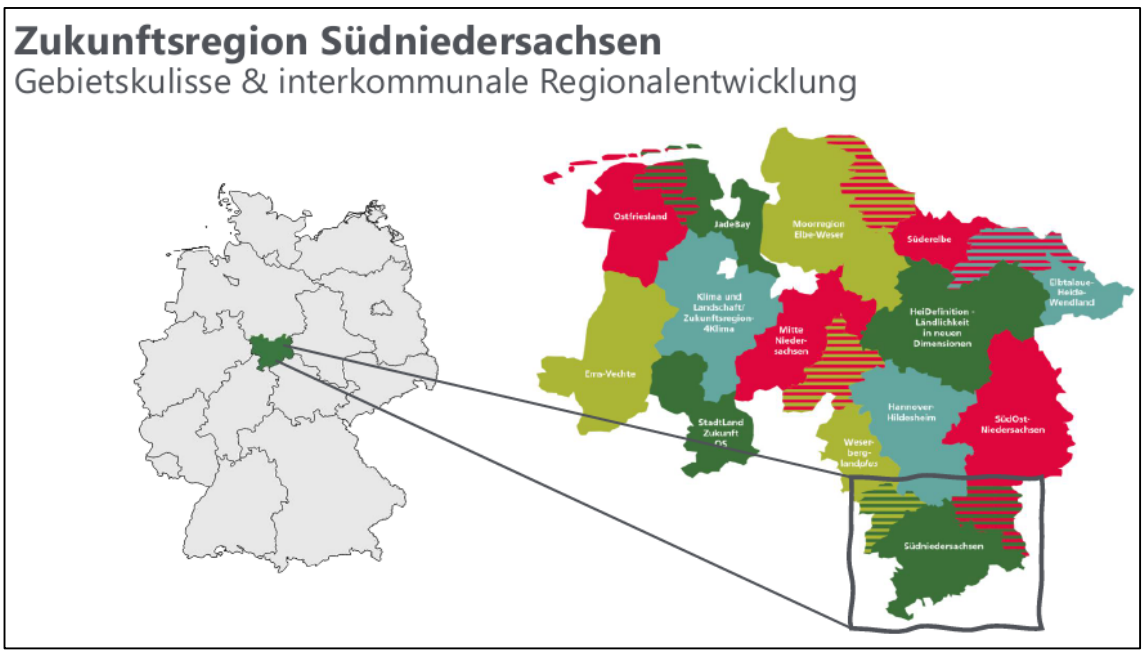
Zum anderen bitte wir, das Regionalmanagement zu sichern. Es ist keine Verwaltungsergänzung, sondern hat Schlüsselfunktion bei der Umsetzung. Ohne es stünden wir heute nicht da, wo wir stehen. Es hält Prozesse zusammen, begleitet Träger, erschließt Fördermöglichkeiten und macht aus Ideen umsetzbare Projekte. Für die Kommunen ist dabei vor allem Planungs- und Finanzierungssicherheit entscheidend. Angesichts der angespannten Haushaltslage haben sich die Kommunen deutlich dafür ausgesprochen. Eine kurzfristige Verlängerung des Regionalmanagements oder zusätzliche Projektfinanzierungen für Mittel über 2028 hinaus können wir als Kommunen nicht ohne Weiteres auffangen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir frühzeitig wissen, wie es weitergeht, zumal wir uns mit den Landkreisen bereits in der mittelfristigen Haushaltsplanung befinden und sowas jetzt schon eingeplant werden muss.

Ein Erfolgskriterium war übrigens, dass die Landkreise jährliche Budgets für die Kofinanzierung von Zukunftsregionsprojekten zurückgestellt haben. Das haben nicht alle Landkreise in Niedersachsen getan. Für uns war es allerdings ein wesentlicher Hebel, um schnell mit Projekten starten zu können.

Südniedersachsen hat also gezeigt: Wenn Regionen Verantwortung übernehmen dürfen, dann tun sie das auch, und dann entsteht Gestaltungskraft. Deshalb bitten wir Sie, dies weiterhin zu unterstützen.

Aussprache

Abg. **Christoph Eilers** (CDU): Meine erste Frage: Auf der Karte stelle ich einen weißen Fleck im Nordwesten fest. Gibt es dort eine Region, die nicht mitmacht?



Meine zweite Frage: Gibt es einen besonderen Grund dafür, dass Sie ausgerechnet heute zu diesem Thema ausführen? Eigentlich müssten ja auch die anderen 13 Regionen ihren aktuellen Stand hier vorstellen.

Meine dritte Frage betrifft die Finanzen. Sie haben eingangs gesagt, dass Sie viele Arbeitskreise, Projektgruppen und Ähnliches haben. Wenn Sie für sechs Jahre gut 6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt bekommen haben, dann ist das zunächst nur 1 Million Euro pro Jahr. Das Positive ist, dass Sie daraus weitere Mittel generiert haben. Ich habe Ihre Ausführungen so verstanden, dass Sie, bei etwa 89 % Ihrer gebundenen Mittel, aktuell rund 15 Millionen Euro aus diesem Geld generiert haben. Aber auch das sind - ich meine das keineswegs abwertend - nur 2,5 Millionen Euro pro Jahr, auf sechs Jahre verteilt. Das halte ich, gemessen am gesamten Aufwand - Bürokratie, Arbeitskreise, Projektgruppen, Ehrenamt etc. -, den man betreibt, für ein schwieriges Verhältnis. Möglicherweise habe ich Ihre Ausführungen zu diesem Punkt aber auch falsch verstanden.

BD **Schleifnecker** (StK): Der weiße Fleck ist Bremen. Genau genommen sind auch Delmenhorst und Oldenburg als kreisfreie Städte nicht dabei. Sie sind über ein anderes Instrument eingebunden.

Zu Ihrer zweiten Frage, warum gerade heute dazu von uns vorgetragen wird: Auslöser war der Bericht, den die Region in eigener Initiative erstellt hat. Die Idee dahinter: Sie als Parlament bestimmen über die Verfügbarkeit der Mittel. Uns war es wichtig, Sie darüber zu informieren, was mit diesem Ansatz passiert. Ich will das gar nicht allein an den Zukunftsregionen festmachen; dieser Ansatz steht im Kern für regionale Kooperation, für einen flexiblen Fördermitteleinsatz und für eine regionale Verantwortung beim Einsatz solcher Mittel, nämlich genau dort, wo sie aus Sicht der Akteure vor Ort gebraucht werden. Das ist der europäische Gedanke: dies vor Ort sichtbar zu machen. Die Region, um die es heute geht, ist dafür ein gutes Beispiel, aber man hätte sicher auch eine andere nehmen können. Der genannte Bericht und die gut gediehene Zusammenarbeit waren jedenfalls der Anlass für die Darstellung.

Wir befinden uns ja gerade in der Aufstellungsphase für die Frage, wie es in der neuen Förderperiode weitergehen wird. Gerade weil die vorhandenen Mittel nicht für alles reichen, können solche territorialen Instrumente ein interessanter Ansatz sein, um knappe Mittel zielgerichtet dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden. Das ist ein innovativer Ansatz. Die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltungsbehörde berichten auch immer wieder, dass das, was in Niedersachsen gemacht wird, in Brüssel mit großem Interesse beobachtet wird.

Und zufällig fand Anfang Juni in Trier der Bundeskongress „Tag der Regionen“ des BMWSB statt. Auch dabei zeigte sich, dass solche Förderinstrumente - eine strategische Grundlage verbunden mit flexiblem Einsatz und Verantwortung vor Ort - durchaus als Zukunftsweg erkannt werden, in dessen Richtung die Förderung künftig ausgestaltet werden sollte.

Herr **Krieger** (SNS): Zur dritten Frage: Mehr Geld tut natürlich immer gut. Man muss aber auch sagen, dass es sich um ein nachrangiges Förderprogramm handelt. Bei allen Projektanträgen prüfen wir immer zuerst, ob sich das, was sich bei uns an Projekten ergibt, aus anderen EFRE- oder ESF+-Mitteln umsetzen lässt. Das ist auch Teil des ersten Prüfschritts bei einer Förderentscheidung.

Aus meiner persönlichen Sicht füllt dieses Programm aber sehr gut die Lücken in der Förderarchitektur: Wir können darüber genau das, was wir über andere Programme nicht ansteuern können, in die Zukunftsregionen bringen. Zugleich haben wir als Region einen Handlungsrahmen, den wir nicht verlassen dürfen. Wir dürfen die uns gesteckten Ziele und die Vorgaben durch die Richtlinie nicht aus dem Blick verlieren.

Abg. **Uwe Schünemann** (CDU): Auf einer Folie war von einem „virtuellem Budget“ die Rede.



Es wäre interessant, zu erfahren, wie viel Geld für die anderen Regionen veranschlagt wurde, die über kein solches virtuelles Budget verfügen, und wie viel Geld dort im Verhältnis generiert worden ist. Der Sprung von 6 Millionen auf 15 Millionen Euro hört sich zunächst gut an; in der Regel war das aber auch bei anderen Programmen so - eigentlich geschieht immer eine Vervierfachung. Gerne können Sie die Daten auch schriftlich nachreichen. So wäre ein Vergleich möglich, und man könnte direkt ablesen, wo man besonders innovativ ist und wo vielleicht noch Verbesserungspotenzial besteht.

Wir sind in meiner Region in der besonders guten Situation, sogar an zwei Zukunftsregionen beteiligt zu sein: Südniedersachsen und Weserbergland. Natürlich steigt die Summe der Mittel, die wir auf diese Weise „abgreifen“ können, nicht über 100 %, sondern es sind dann jeweils 50 %. Ich kann dadurch allerdings ein Stück weit nachvollziehen, was der Kollege Eilers dargestellt hat: Die Summe, die zum Beispiel für den Landkreis Holzminden tatsächlich zur Verfügung steht, ist - gemessen an der Abstimmung, die man in beiden Steuerungsgremien leisten muss - ein wenig niedrig. Deshalb muss man das Verhältnis von Aufwand - gerade Bürokratieaufwand - und Nutzen für die Regionen insgesamt genau betrachten. Unsere Region prüft gerade, ob es nicht sinnvoller wäre, wir entschieden uns, welcher Zukunftsregion wir uns zugehörig fühlen, denn das stellt einen enormen Aufwand für die Verwaltungen dar, die ja auch andere Aufgaben haben.

BD **Schleifnecker** (StK): Aus dem Gedächtnis lässt sich dazu Folgendes sagen: Jede der 14 Regionen hat ein solches Budget erhalten, das immer zwischen etwa 5 und 7 Millionen Euro liegt. In diesem Fall waren es 6,17 Millionen Euro. Das hängt mit den gewählten Handlungsfeldern zusammen.

Das Gesamtvolumen des Programms beläuft sich bei vollständiger Umsetzung auf 180 Millionen Euro. Das sind im Prinzip die 96 Millionen Euro EU-Mittel, über die entsprechenden Fördersätze

auf das Gesamtvolumen hochgerechnet. Hinzu kommt das, was die Regionalmanagements zusätzlich an Projekten akquirieren, die zwar umgesetzt, aber nicht aus diesem Budget bedient werden. Es werden also durchaus weitere Vorhaben entwickelt.

Natürlich bedeutet das, dass zusätzliche Ressourcen gebunden werden, zunächst einmal in Form von mehr Personal in der Verwaltung. Der Gedanke ist aber, dass dieses Regionalmanagement die Verwaltung dort unterstützt, wo es aktuell oft klemmt. Es übernimmt die übergreifenden, strategischen Aufgaben - gewissermaßen die Kür -, für die im Tagesgeschäft die Kapazität fehlt, und wirbt an anderer Stelle Fördermittel für zusätzliche Projekte ein. Das ist in einem gewissen Umfang auch schon geschehen, Zahlen kann ich Ihnen dazu allerdings nicht nennen.

Zu Ihrer anderen Frage: Es gibt sicherlich Landkreise, die in Bezug auf bestimmte Themen lieber mit einer bestimmten Zukunftsregion, bei einem anderen Thema aber bevorzug eher mit der anderen kooperieren. Ich stimme Ihnen zu, dass die Frage, die sich Ihre Region gerade stellt, beantwortet werden muss, denn man kann nicht negieren, dass Koordinationskosten entstehen. In unseren Augen ist der zugrundeliegende Impuls das Wichtige. Kooperation muss etwas sein, das sich auf der mittleren bis langen Strecke auszahlt. Dabei werden wichtige Impulse gegeben, die sich hoffentlich in einer nachhaltigen Stärkung der Region niederschlagen und in die Zukunft wirken.

Herr **Krieger** (SNS): Wenn es allein um die 6 Millionen Euro ginge, würde ich Ihnen recht geben. Entscheidend ist für uns aber die Grundidee des Programms, eine interkommunale Regionalentwicklung voranzutreiben. Über ein finanziertes Regionalmanagement wird überhaupt erst die Handlungsarchitektur dafür geschaffen. Man muss hinzufügen: Ohne dieses Programm gäbe es diese Mittel für uns gar nicht. Insofern ist es gut, diese Mittel zu haben; mehr davon können wir gleichwohl gebrauchen.

***

Tagesordnungspunkt 3:

Unterrichtung durch die Landesregierung zum Aufbau Regionaler Versorgungszentren in Niedersachsen

Unterrichtung

MR **Dr**. **Manning** (StK): Ich leite das Referat 302 - Digitale Transformation, Innovation - in der Staatskanzlei. Ich möchte Sie nun über den aktuellen Stand beim Thema Regionale Versorgungszentren (RVZ) - ein im Ansatz als Modellprogramm angelegtes Vorhaben - und die Verstetigung der Förderung ab dem Jahr 2026 informieren.

Die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und eine verlässliche Daseinsvorsorge gehören zu den zentralen Herausforderungen, insbesondere in den ländlichen Räumen Niedersachsens. Der demografische Wandel - wir hatten das Thema heute schon einmal -, die Alterung der Bevölkerung sowie die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung hausärztlicher Sitze stellen viele Kommunen vor erhebliche Herausforderungen. Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsens hat prognostiziert, dass bis zum Jahr 2035 ein Fehlbedarf von rund 1 250 Hausärztinnen und Hausärzten entstehen könnte. Besonders betroffen sind die ländlichen Regionen.

Vor diesem Hintergrund hat das damalige MB im Jahr 2020 das Modellprojekt RVZ gestartet. Ziel war es, neue integrierte Ansätze der Daseinsvorsorge zu entwickeln und die Kommunen dabei zu unterstützen, innovative und bedarfsgerechte Lösungen vor Ort aufzubauen.

Das Angebot der RVZ geht dabei bewusst über die rein medizinische Versorgung hinaus. Das ist übrigens auch der Grund, warum hier nicht das MS, sondern der für Regionalentwicklung zuständige Teil der Staatskanzlei vorträgt: Es handelt sich um ein Thema der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen durch Sicherstellung der Daseinsvorsorge - das ist Regionalentwicklung. Ich möchte an dieser Stelle nochmals ausdrücklich betonen: Es ist nicht geplant und nicht das Ziel, die medizinische Versorgung auf diesem Weg gewissermaßen durch die Hintertür als kommunale Pflichtaufgabe einzuführen. Vielmehr sollen die Kommunen bei ihrer Aufgabe der bestmöglichen Daseinsvorsorge unterstützt werden, indem ihnen ein entsprechendes Angebot unterbreitet wird.

Kern eines RVZ ist ein kommunales medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit hausärztlichem Schwerpunkt. Ergänzt wird dieses durch weitere Angebote der lokalen Daseinsvorsorge, beispielsweise Pflegeberatung, Physiotherapie, Hebammenangebote, Sozialberatung und Begegnungsräume. Die RVZ sollen damit nicht nur die Versorgung sichern, sondern zugleich Orte der Begegnung und des sozialen Zusammenhalts schaffen.

Das Modellprojekt hat sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt. Bislang wurden bereits fünf RVZ aufgebaut: in Nordenham (Landkreis Wesermarsch), in Auetal (Landkreis Schaumburg), in Nordholz - RVZ Wurster Nordseeküste - (Landkreis Cuxhaven), in Alfeld (Leine) - RVZ Leinebergland - (Landkreis Hildesheim) sowie in Baddeckenstedt (Landkreis Wolfenbüttel).

Vier weitere Standorte befinden sich aktuell im konkreten Aufbau: das RVZ Südheide in Hermannsburg, das RVZ in Gnarrenburg, eine Erweiterung im Landkreis Cuxhaven sowie ein

Vorhaben auf der Insel Borkum. Darüber hinaus wurden bislang insgesamt 21 Machbarkeitsstudien gefördert, davon allein 15 im Jahr 2025. Machbarkeitsstudien sind die Grundlage dafür, ob es überhaupt sinnvoll, möglich und - wie der Name sagt - machbar ist, ein RVZ in einer Region beziehungsweise Kommune aufzubauen. Insgesamt wurden bis Ende 2025 in diesem Zusammenhang Fördermittel von rund 13,5 Millionen Euro bewilligt.

Die hohe Nachfrage zeigt deutlich, dass die Kommunen in den RVZ einen wichtigen Baustein zur Sicherung der Daseinsvorsorge sehen und das Förderangebot aktiv annehmen. Die Erfahrungen aus der Modellphase zeigen zudem, dass die RVZ einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung, zur Bündelung sozialer und gesundheitsnaher Angebote, zur Attraktivierung ländlicher Räume und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts leisten können.

Vor diesem Hintergrund wird das Förderangebot auf Beschluss des Haushaltsgesetzgebers ab dem Jahr 2026 verstetigt. Hierfür wird nun eine Verordnung zur Förderung von RVZ auf Grundlage des Niedersächsischen Kommunalfördergesetzes erarbeitet. Die Verordnung befindet sich aktuell in der Verbandsanhörung, nachdem die weiteren Ressorts - das MS, das MI und das MF - sie mitgezeichnet haben. Nach Auswertung der Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände aus der Verbandsanhörung wird der Landesrechnungshof unterrichtet. Anschließend, so der Plan, soll die Verordnung im Sommer dieses Jahres veröffentlicht werden und damit eine verlässliche und transparente Grundlage für die Verstetigung der Förderung bieten.

Was wird die Verordnung beinhalten? Zunächst das Thema Konzepterstellung: Gefördert werden Ausgaben, die für die Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes erforderlich sind. Dazu gehören unter anderem die Analyse der regionalen Versorgungsbedarfe, die Beschreibung der geplanten Angebote sowie Aussagen zur Organisation, Umsetzung und dauerhaften Finanzierung des RVZ im Sinne einer Machbarkeitsstudie. Auch Ausgaben zur personellen Begleitung dieser Konzeptentwicklung durch die Kommune sind förderfähig. Das heißt, es wird nicht nur eine Studie in Auftrag gegeben, sondern auch dafür gesorgt, dass in der Kommune bei Bedarf entsprechende personelle Ressourcen zur Begleitung der Machbarkeitsstudie bereitstehen.

Der zweite Teil der Förderverordnung umfasst die Planungs- und Aufbauphase. Hierunter fallen insbesondere Aufwendungen für Planung, Errichtung und Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten und Ausstattung eines RVZ. Voraussetzung ist die Vorlage eines Konzeptes: Ohne Konzept bzw. ohne Machbarkeitsstudie, die nachweist, dass der Aufbau eines RVZ möglich, sinnvoll und zielführend ist, wird ein RVZ in der Umsetzung nicht gefördert. Die zusätzliche Förderung von Personalausgaben in den ersten zwei Betriebsjahren eines RVZ dient ebenfalls dazu, die Anlaufphase abzusichern und einen stabilen Betrieb zu ermöglichen.

Die Förderung kann dabei bis zu 85 % der förderfähigen Ausgaben betragen. Für die Konzepterstellung sind Förderungen von bis zu 50 000 Euro vorgesehen, für Planung und Aufbau eines RVZ bis zu 1,2 Millionen Euro. Für die Förderung von RVZ stehen ab dem Landeshaushalt 2026 jährlich 2,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Künftig werden bei der Umsetzung dieser Förderung die Ämter für regionale Landesentwicklung wesentlich stärker eingebunden. Das bringt insbesondere kurze Wege, regionale Fachkompetenz sowie eine enge Begleitung der Kommunen vor Ort mit sich.

Die RVZ zeigen, dass innovative und kommunal getragene Lösungen einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume leisten können. Sie verbinden medizinische Versorgung,

soziale Teilhabe und regionale Entwicklung miteinander und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Niedersachsen.

Aussprache

Abg. **Barbara Otte-Kinast** (CDU): Wir haben zu den RVZ bereits eine Unterrichtung entgegengenommen. Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, was sich seitdem geändert hat. Warum unterrichten Sie uns heute erneut? Gibt es einen neuen Sachstand? Gibt es eine neue Richtlinie? Gibt es neues Geld? Sind diese 2,5 Millionen jährlich jetzt im Haushalt verstetigt?

MR **Dr. Manning** (StK): Wir haben eine neue Sachlage. Seit 2020 hatten wir es mit einem Modellvorhaben zu tun. Seit dem Haushalt 2026 ist der Ansatz von 2,5 Millionen Euro jährlich im Haushalt verstetigt. Das ist der erste Punkt.

Aufgrund dieser Verstetigung können wir nun eine Verordnung erlassen - ganz bewusst keine Richtlinie, die ein Antragsszenario mit sich brächte, wie wir es sonst aus Förderprogrammen kennen, sondern, entsprechend dem Niedersächsischen Kommunalfördergesetz, eine sehr einfach und schlank gehaltene Verordnung, mit der eine unbürokratische Beantragung und Umsetzung der Förderung ermöglicht wird. Diese wird, wie vorhin erläutert, derzeit im Rahmen der Verbandsbeteiligung finalisiert und im Sommer veröffentlicht.

Abg. **Christoph Eilers** (CDU): Vielen Dank für Ihre Erklärung, aus der sich ein kleiner Kritikpunkt ergibt: Dann hätten wir das auch ein bisschen kürzer machen können.

Zu meiner Frage: Sie hatten vorhin gesagt, dass es insgesamt 21 Machbarkeitsstudien gab. Wie sieht denn die Bilanz dazu aus? Hat sich, wenn die Mittel jetzt verstetigt werden, infolge dieser 21 Machbarkeitsstudien nun in einigen Fällen die Perspektive ergeben, in den nächsten Jahren das ein oder andere Projekt weiter angehen zu können? Können Sie auch schon einen Ausblick geben, welche Regionen im nächsten Jahr für RVZ berücksichtigt werden können? Es existiert ja sicher eine Prognose, auf Basis derer man sagen kann, dass die vorhandenen Haushaltsmittel für bestimmte RVZ reichen werden.

MR **Dr. Manning** (StK): Ich beziehe mich jetzt vor allem auf das letzte Jahr, in dem wir 15 Machbarkeitsstudien ermöglichen konnten. Es liegen aktuell 14 davon vor; eine der Kommunen hat um eine Fristverlängerung gebeten. Im Augenblick - das sage ich bewusst etwas vorsichtiger - streben ungefähr vier bis fünf Kommunen eine unmittelbare Umsetzung dieser Machbarkeitsstudienergebnisse an. In den entsprechenden Kommunen müssen dafür natürlich auch entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Ich habe es vorhin erläutert: Die Förderquote liegt bei bis zu 85 %. Es müssen entsprechende Haushaltsvorkehrungen getroffen und weitere Planungsschritte unternommen werden.

Wir werden angesichts der Kommunalwahl möglicherweise außerdem einen Umschwung beziehungsweise eine Neugestaltung der Kommunalpolitik ab dem 1. November erleben. Ich bin im Augenblick sehr zuversichtlich, dass wir auch in diesem Jahr bereits einen ersten Antragsstichtag für die Umsetzungsphase realisieren können, und ebenso optimistisch, dass wir in diesem Jahr eine entsprechende Förderung generieren können. Ich bitte allerdings um Nachsicht, wenn ich mit Rücksicht auf die Kommunen hier nicht konkreter werde. Ich möchte keinen unnötigen

Druck aufbauen. Das ist eben auch eine Entscheidung der Kommunalpolitik, die sich mit dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie auseinandersetzen muss.

Abg. **Uwe Schünemann** (CDU): Es ist nicht nur eine Entscheidung der Kommunen, sondern insbesondere auch eine Entscheidung der Ärzte. Wir haben uns das im Landkreis Holzminden sehr intensiv angeschaut: Voraussetzung ist ja ein kommunales MVZ. Wenn die Ärzte sich einbringen wollen, aber nicht in eine kommunale Kooperation einsteigen können, hat sich das Ganze schon erledigt. Deshalb wird das in Holzminden wahrscheinlich nicht zustande kommen.

Ich habe mich wirklich auf diese Unterrichtung gefreut, weil ich dachte, wir würden Erkenntnisse dazu bekommen, wie man mit den jetzt bestehenden Einrichtungen weiter umgehen kann. Ich selbst beziehe mich nun auf Alfeld, da die Gemeinde Delligsen zu meinem Wahlkreis gehört. Die dortige Diskussion ist, soweit ich sie den Zeitungen entnommen habe, durchaus interessant: Die Anschubfinanzierung wurde zunächst als hilfreich empfunden, aber es wird recht kritisch bewertet, dass die Kommunen die Defizitfinanzierung dauerhaft aufrechterhalten müssen. Und die Defizite sind meines Wissens - Zeitungswissen - gerade bei diesem RVZ erheblich höher als prognostiziert.

Geht man darauf ein? Ist das nur in Alfeld so, während die anderen im Prinzip alle wirtschaftlich sind? Wie stellt sich die Evaluierung tatsächlich dar? Es ist ja erfreulich, wenn Machbarkeitsstudien entstehen und vier oder fünf Kommunen sich auf den Weg machen. Aber nach meinem Eindruck sind diejenigen, die sich in der Pilotphase befinden, noch nicht so weit, dass man jeder Kommune pauschal raten könnte, sich auf den Weg zu machen. Man muss die Folgen bedenken.

MR **Dr. Manning** (StK): An uns wurde noch keine Information herangetragen, die bestätigt, dass beim RVZ Leinebergland derart gravierende Probleme bestünden, dass man über eine Einstellung der Arbeit nachdenken müsste. Über die Bandbreite der sich bislang in Betrieb befindlichen RVZ hinweg nehmen wir unterschiedliche, aber grundsätzlich sehr positive Reaktionen wahr. Es gibt RVZ, die durchaus kostendeckend betrieben werden. Es ist, wie Sie angesprochen haben, nicht nur eine Frage des kommunalen Willens, sondern ebenso eine Frage der ärztlichen Versorgung. Es geht auch um die Bereitschaft von neuen Hausärztinnen und Hausärzten, sich in ein RVZ beziehungsweise das kommunale MVZ als dessen Nukleus einzubringen.

Um konkret zu antworten: Aus Sicht der Staatskanzlei sehen wir keine gravierenden Fragestellungen in Bezug auf das RVZ in Alfeld. Gleichwohl gibt es bei den Abrechnungsmodalitäten ärztlicher Leistungen über die Kassenärztliche Vereinigung Probleme. Diese betreffen aber ausdrücklich nicht nur RVZ oder MVZ, sondern stellen sich grundsätzlich. Wir werten das derzeit gemeinsam mit dem MS aus.

Abg. **Uwe Schünemann** (CDU) bittet - auch angesichts anderslautender Presseberichterstattung - um eine Darstellung der wirtschaftlichen Situation der in der Pilotphase gegründeten RVZ. - MR **Dr. Manning** (StK) sichert die Nachreichung einer solchen Auflistung zu.

Ferner führt er aus, der RVZ-Ansatz werde von den Betreibern vor Ort nicht infrage gestellt. Problematisch sei die Abrechenbarkeit ärztlicher Leistungen; dies berühre den wirtschaftlichen Betrieb eines MVZ. Die Zusatzangebote, die ein RVZ von einem MVZ unterschieden, seien davon grundsätzlich unbenommen, was die finanzielle Sachlage im Zweifelsfall aber nicht verbessere.

Die Staatskanzlei übersandte am 26. Juni 2026 per E-Mail an die Landtagsverwaltung folgende Antwort*:*

„Neben der Investitionsförderung unterstützt das Land Niedersachsen die Regionalen Versorgungszentren in der Aufbauphase im Rahmen einer zweijährigen Projektförderung bei der Etablierung des Regelbetriebes. Die Verantwortung für den laufenden wirtschaftlichen Betrieb sowie die wirtschaftliche Entwicklung der Einrichtungen liegt bei den jeweiligen Trägern vor Ort. Eine fortlaufende Begleitung oder Bewertung der wirtschaftlichen Situation einzelner Regionaler Versorgungszentren nach Abschluss der Projektförderung ist daher nicht Gegenstand der Landesförderung.

Der Niedersächsischen Staatskanzlei liegen vor diesem Hintergrund keine belastbaren und vergleichbaren Erkenntnisse zur wirtschaftlichen Situation der einzelnen Regionalen Versorgungszentren vor. Im Übrigen betreffen betriebswirtschaftliche Kennzahlen oder Jahresabschlüsse der jeweiligen Träger deren eigenen Verantwortungsbereich und können schutzwürdige Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse umfassen.

Ungeachtet dessen sind der Niedersächsischen Staatskanzlei bislang keine Fälle bekannt geworden, in denen wirtschaftliche Schwierigkeiten eines Regionalen Versorgungszentrums zu einer Rückabwicklung der gewährten Projektförderung geführt hätten.“

***

Tagesordnungspunkt 4:

Beteiligung des Landtages an Vorhaben der EU

Der **Ausschuss** nimmt die fünf neuen Vorhaben der Europäischen Union, über die der Ausschuss seit seiner letzten Ausschusssitzung am 7. Mai 2026 informiert worden ist - mit der Möglichkeit, die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu prüfen und zu den Vorhaben inhaltlich Stellung zu beziehen -, zur Kenntnis. Die Vorhaben der EU mit den weitergeleiteten Informationsmaterialien sind einer dem Ausschuss mit der Tagesordnung versandten Übersicht (**Anlage 2**) zu entnehmen.

Seit Versand der Tagesordnung wurde er außerdem über ein weiteres Vorhaben informiert:

- BR-Drs. 283/26 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung der Biotechnologie und der Bioproduktion in der Union, insbesondere im Bereich der Gesundheit, und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 178/2002, (EG) Nr. 1394/2007, (EU) Nr. 536/2014, (EU) 2019/6, (EU) 2024/795 und (EU) 2024/1938 (Europäische Biotech-Verordnung); COM (2025) 1022 final

Der **Ausschuss** bittet auf Nachfrage der Abg**. Tamina Reinecke** (GRÜNE) um eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu der Bundesratsdrucksache 236/26 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens von Maßnahmen zur Beschleunigung der Verstärkung der industriellen Kapazitäten und der Dekarbonisierung in strategischen Sektoren sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1724, (EU) 2024/1735 und (EU) 2024/3110; COM (2026) 100 final.

***

Tagesordnungspunkt 5:

Terminangelegenheiten

Parlamentarischer Austausch mit den Nordprovinzen der Niederlande

Vors. Abg. **Anna Bauseneick** (CDU) erinnert daran, dass in der 47. Ausschusssitzung am 7. Mai 2026 vereinbart worden sei, den parlamentarischen Austausch mit den niederländischen Nordprovinzen fortzusetzen.

Sie sagt, auf Basis bisheriger Überlegungen sei die beste Option, den Austausch mit dem Besuch der Grünen Woche in Berlin zu verbinden. Von einem gemeinsamen Rundgang mit der niederländischen Delegation sei angesichts der erwarteten Teilnehmerzahl aus zeitlichen und organisatorischen Gründen allerdings abzusehen. Praktikabler sei es, den gewohnten Rundgang über die Grüne Woche in der niederländischen Halle enden zu lassen, um sich dort am Nachmittag vor dem Niedersachsenabend zu einem inhaltlichen Austausch zu treffen.

Der **Ausschuss** zeigt sich mit dieser Planung einverstanden und kommt damit überein, am 20. Januar 2027 eine Parlamentarische Informationsreise nach Berlin durchzuführen, um insbesondere die Grüne Woche zu besuchen und am Niedersachenabend teilzunehmen.

Teilnahme am Grünkohlessen der Landesvertretung in Brüssel 2027

Ferner kündigt **die Vorsitzende** an, dass es dem Ausschuss erneut möglich sein werde, im kommenden Jahr am Grünkohlessen der Landesvertretung in Brüssel teilzunehmen und in diesem Zuge im vergleichbaren Rahmen wie im Februar 2026 vor Ort Gespräche zu führen.

Gespräch mit der Botschafterin Irlands anlässlich der Ratspräsidentschaft der Republik Irland

Abschließend teilt sie mit, dass in der für den 24. September 2026 vorgesehenen Ausschusssitzung die Botschafterin Irlands, Maeve Collins, anlässlich der Ratspräsidentschaft der Republik Irland zu Gast sein werde.

Ebenfalls in dieser Sitzung zugegen werde die Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung, Frau Melanie Walter, sein, um die Haushaltsplanung für das Jahr 2027 vorzustellen. In jener Sitzung werde auch die Haushaltsberatung stattfinden.

***

Anlage 1

Kofinanziert von der Europäischen Union

ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

Südniedersachsen Stiftung
Gemeinsam für eine starke Region.

Unterrichtung zum Zwischenbericht der Zukunftsregion Südniedersachsen 2023–2029

Astrid Klinkert-Kittel
Landrätin des Landkreises Northeim & Vorsitzende der Steuerungsgruppe der Zukunftsregion Südniedersachsen

&

Rico Krieger
Leitung Geschäftsstelle Regionalmanagement der Zukunftsregion Südniedersachsen | SüdniedersachsenStiftung

51. Sitzung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, 11. Juni 2026, Hannover

Region Südniedersachsen
Ausgangslage & Handlungsbedarf

Stärken

Zentrale Lage in Deutschland mit Anbindung über A7, A38 sowie die ICE-Schnellfahrstrecke

Bedeutendes Wissenschafts- und Forschungsumfeld 4 Hochschulen, 44.000 Studierenden, Max-Planck-Institute, DLR, Fraunhofer u. a.

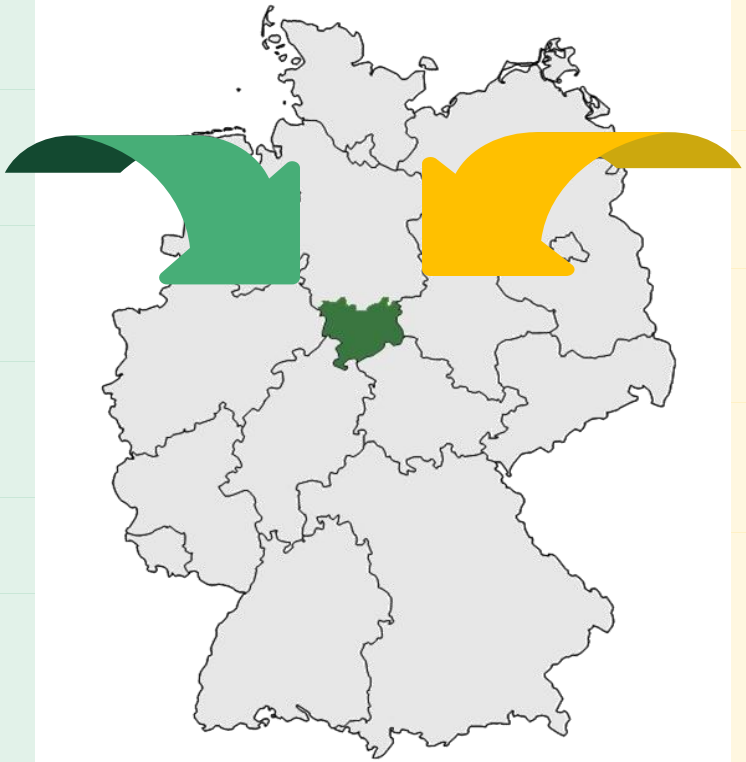
Starke Arbeitgeberlandschaft mit KMU, Handwerk, familiengeführtem Mittelstand, Hidden Champions, Weltmarktführern und einem DAX-40-Unternehmen

Vielfältiger Branchenmix u. a. in Gesundheitswirtschaft, Life Sciences, Automotive, Metall, Elektro, Messtechnik, Chemie, Holz- und Papierindustrie

Attraktive Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, auch durch Kooperationen von Hochschulen und KMU

Teil der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg

Oberzentrum Göttingen mit zentraler Funktion für das Umland sowie 12 Mittelzentren als regionale Anker



Herausforderungen

Ländliche Raumstruktur
dünn besiedelte Teilräume außerhalb Göttingens und der kreisangehörigen Städte

Demografischer Wandel
seit Jahren ungünstige Bevölkerungsentwicklung und hoher Anteil älterer Menschen

Überdurchschnittlicher Anteil Langzeit-arbeitsloser und **ausgeprägter Übergangsarbeitsmarkt**

Schwächere Beschäftigungsdynamik
Beschäftigungswachstum bleibt hinter der allgemeinen Entwicklung zurück

Strukturwandel in der Wirtschaft
Rückgänge im produzierenden Bereich nur teilweise durch Dienstleistungen kompensiert

Teilregionale Unterschiede
deutlich unterschiedliche wirtschaftliche Strukturen innerhalb der Region

powered by Südniedersachsen Stiftung – Gemeinsam für eine starke Region.
Kofinanziert von der Europäischen Union
ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Begleitende Regionalstatistik zur Zukunftsregion Südniedersachsen - Zahlen, Daten, Fakten: Strukturdaten und -indikatoren, Mai 2026.

Region Südniedersachsen

Gebietskulisse & interkommunale Regionalentwicklung



2014

EUROPA FÜR NIEDERSACHSEN | SÜDNIEDERSACHSEN PROGRAMM



2015 – 2021



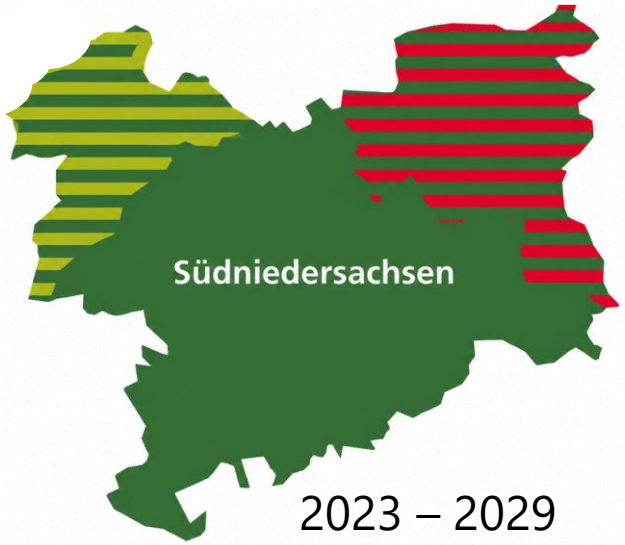
2020



2022

Kofinanziert von der Europäischen Union

ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN



2023 – 2029

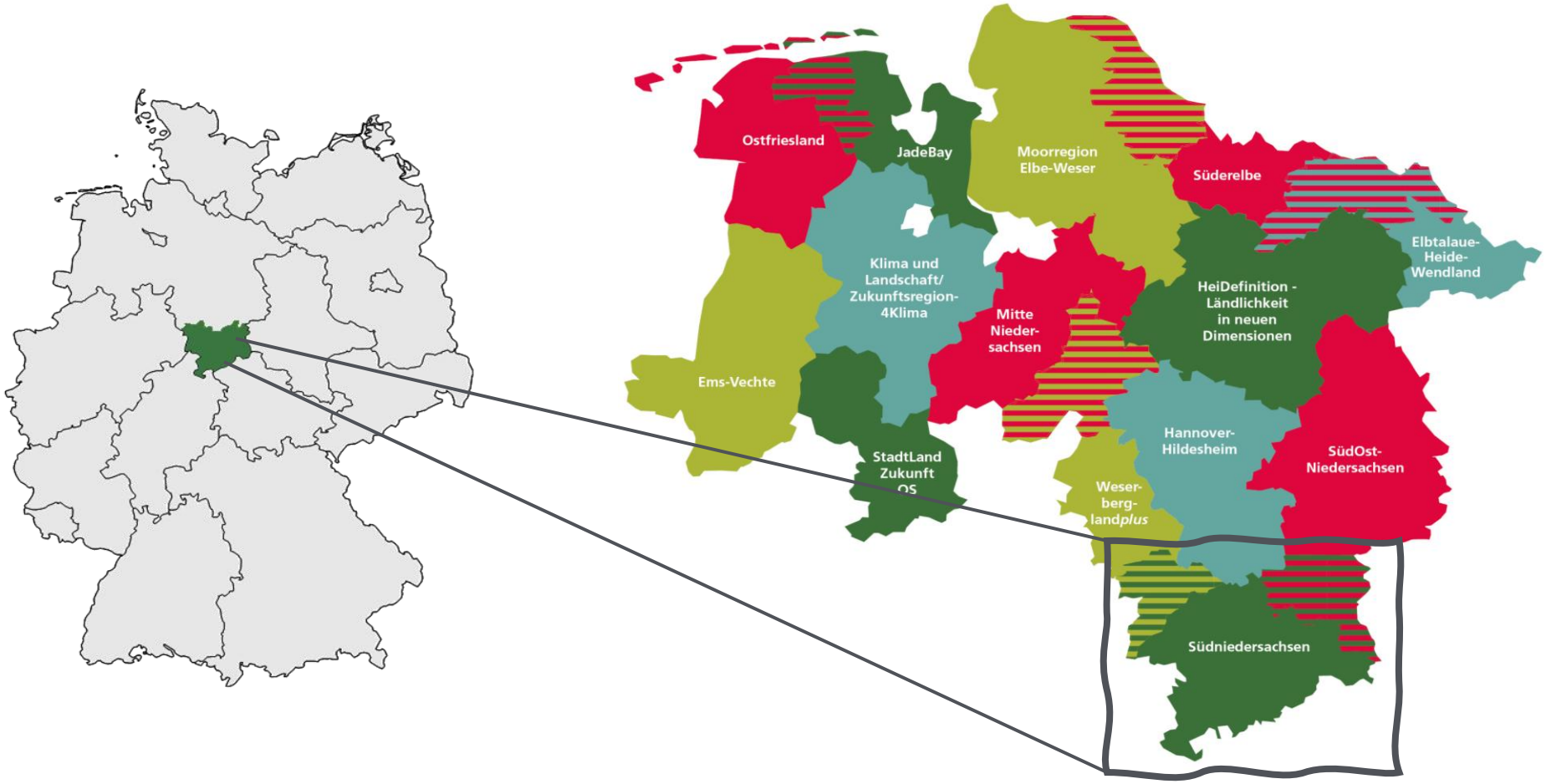
powered by Südniedersachsen Stiftung
Gemeinsam für eine starke Region.

Kofinanziert von der Europäischen Union

ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

Zukunftsregion Südniedersachsen

Gebietskulisse & interkommunale Regionalentwicklung



powered by Südniedersachsen Stiftung
Gemeinsam für eine starke Region.

Kofinanziert von der Europäischen Union

ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

LANDKREIS GÖTTINGEN

GÖTTINGEN
STADT. DIE WISSEN SCHAFFT

LANDKREIS GOSLAR

Landkreis Holzminden

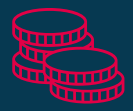
LANDKREIS NORTHEIM

Zukunftsregion Südniedersachsen
Gestaltungselemente



Regionales Zukunftskonzept

Geförderte Konzeptphase in 2022



Virtuelles Budget für regionale Projekte

Reservierte Fördermittel (EFRE/ESF+) i.H.v. 6,17 Mio. EUR, Fördersatz: 40 %



Gremien für interkommunale Zusammenarbeit

Steuerungsgruppe, Interkommunale Arbeitsgruppe, Beirat



Regional-management bis 2028

Finanzierung:

70 % EU & Land
30 % Kommunen

Zukunftsregion Südniedersachsen

Arbeitsweise & Governance: Wie aus Ideen Projekte werden



powered by Südniedersachsen Stiftung
Gemeinsam für eine starke Region.

Kofinanziert von der Europäischen Union

ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

Zukunftsregion Südniedersachsen

Projektportfolio: 2 Handlungsfelder – 4 Themencluster – 19 Projekte



Zwei Handlungsfelder:

- Regionale Innovationsfähigkeit (EFRE)
- Wandel der Arbeitswelt, Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe (ESF+)

① Innovation, Transformation & nachhaltiges Wirtschaften

Innovation regional organisieren – durch Netzwerke, Transfer, Beratung und Kooperation zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen

- Gründungsnetzwerk Südnds.
- Gründungsnetzwerk 2.0
- InnoNetH2
- Liga nachhaltige Betriebe
- EWAZ-Transfer - Energie- und Wasserspeicher Harz
- Engineering for Life
- Herbstforum Social Entrepreneurship

② Bildung, MINT & Fachkräfte

Fachkräftesicherung beginnt bei Bildung, Berufsorientierung, Selbstwirksamkeit und regionalen Zukunftsperspektiven

- MINTmachRaum Einbeck
- MINT:Zukunft.Erleben+
- Klima macht Schule
- JOLanDA-Transfer
- SEE Future (Social Entrepreneurship Education)

③ Teilhabe, Chancengleichheit & gesellschaftlicher Zusammenhalt

Teilhabe ist Standortpolitik: Zugang zu Bildung, Arbeit und gesellschaftlichem Leben stärkt die Region

- Koordinierungsstelle inklusive Arbeit
- Vielfalt sichert Zukunft
- Mobiles Demokratiezentrum im Landkreis Northeim
- FSJplus – Du bist es uns wert!
- STABIL – Resilienzstärkung im Freiwilligendienst

④ Mobilität, Daten & regionale Steuerungsfähigkeit

Gute Daten und abgestimmte Mobilitätsketten ermöglichen bedarfsgerechte Planung

- Automatische Fahrgastzählung im ÖPNV
- Vernetztes kommunales Mobilitätsmanagement

Zukunftsregion Südniedersachsen (ZRS)

Zwischenbilanz nach drei Jahren Praxis (Stand: Juni 2026)

Monat 41 von 81 der ZRS

5,47 Mio. €
des Budgets der Zukunftsregion bislang gebunden

89 %
Mittelbindung des verfügbaren Budgets* der Zukunftsregion

15 Mio. €
Gesamtvolumen bewilligter und beantragter Projekte

19
bislang bewilligte und beantragte Projekte zur Umsetzung des Zukunftskonzepts

41
Projektträger und Verbundpartner

52
bewilligte und beantragte Personalstellen, insgesamt (Vollzeitäquivalente)

* 6,17 Mio. € verfügbares Budget der ZR Südniedersachsen





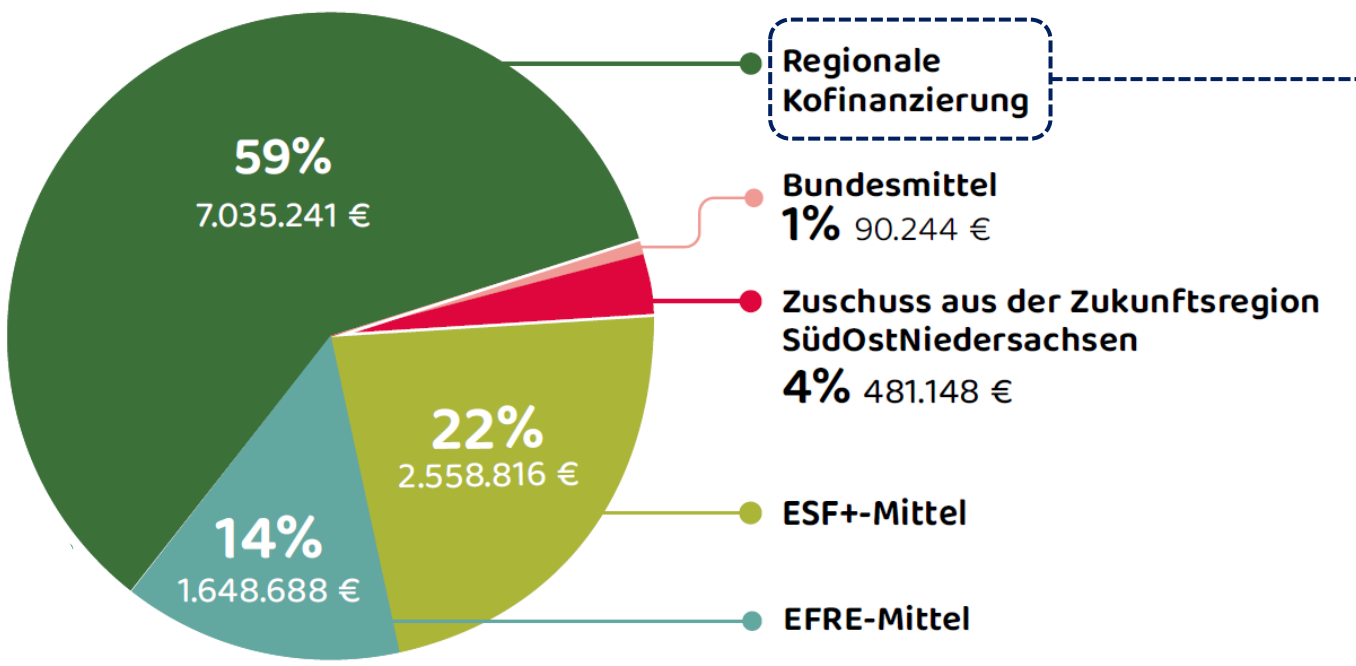


powered by Südniedersachsen Stiftung
Gemeinsam für eine starke Region.
Kofinanziert von der Europäischen Union
ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

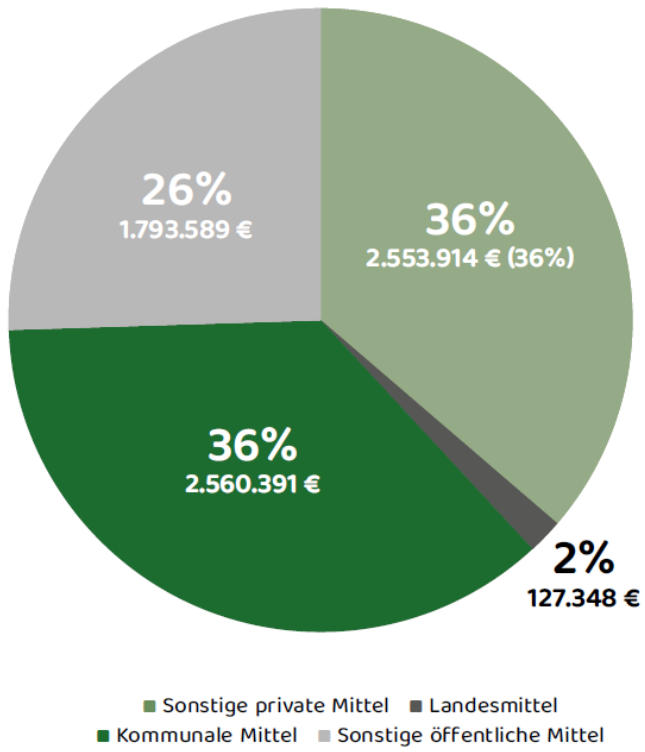
Zukunftsregion Südniedersachsen

Zwischenbilanz nach drei Jahren Praxis (Stand: 31.12.2025)

Gesamtvolumen der Projekte nach Finanzierungsquellen



Regionale Kofinanzierung nach Quellen



powered by Südniedersachsen Stiftung
Gemeinsam für eine starke Region.

Kofinanziert von der Europäischen Union

ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

Quelle: Zukunftsregion Südniedersachsen 2023–2029. Ein Zwischenbericht

EU-Kommunikationskampagne

Europa in meiner Region – Südniedersachsen: Gemeinsam Eindruck hinterlassen



- Kampagne der Europäischen Kommission und der Niedersächsischen Staatskanzlei
- Ziel: EU-Förderung dort sichtbar machen, wo sie konkret wirkt: in Projekten, Einrichtungen und im Alltag der Menschen
- Vom **5. Mai bis 5. Juni 2026** zeigt die Kampagne **vier ausgewählte Projekte der Zukunftsregion Südniedersachsen**
- Zentrales Kampagnenmotiv: **Talsperre im Harz im Stil des traditionellen Blaudrucks**
- Seit 2018 wurden europaweit mehr als 65 Kampagnen in zwölf Ländern umgesetzt

EU-Kommunikationskampagne

Europa in meiner Region – Südniedersachsen: Gemeinsam Eindruck hinterlassen



4 Projekte der ZR Südniedersachsen:

- Koordinierungsstelle für inklusive Arbeit Südniedersachsen
- Gründungsnetzwerk Südniedersachsen
- EWAZ-Transfer – Energie- und Wasserspeicher Harz
- MINTmachRaum Einbeck

Ausgespielte Medien:

- Plakate (Großfläche, City-Light)
- Anzeigen in Tageszeitungen
- Buswerbung
- Kino & Fernsehen
- Social Media & Webseiten

powered by Südniedersachsen Stiftung
Gemeinsam für eine starke Region.
Kofinanziert von der Europäischen Union
ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

EU-Kommunikationskampagne

Aktionstag am 12. Mai 2026 | MINTmachRaum Einbeck

- Aktionstag mit Schulklassen im geförderten MINTmachRaum + acht Projekte der Zukunftsregion stellen sich vor
- **Besuch von Ministerin Melanie Walter, Manica Hauptman** (Leiterin Politisches Team, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland) und **Landesbeauftragte Dr. Ulrike Witt** (ArL Braunschweig)












powered by Südniedersachsen Stiftung
Gemeinsam für eine starke Region.

Kofinanziert von der Europäischen Union

ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

Zukunftsregion Südniedersachsen

Ausblick: Was passiert bis 2028?

Zukunftskonzept weiter umsetzen

- Projektwerkstätten für neue Projekte
- Prüfung von Landes-, Bundes- & EU-Förderungen
- Aktuelle Themen: Abfallwirtschaft · Frühe Hilfen · Randzeitenbetreuung

Anschlussförderungen prüfen

- Wirkung entsteht über Netzwerke & Verstetigung
- Erfolgreiche Projektansätze fortführen
- Monitoring & Abschlussdokumentation frühzeitig planen

Ausrichtung auf EU-Förderperiode ab 2028



Zukunftsregion mit Regionalmanagement auch bei knapper werdendem Budget als Gestaltungsinstrument nutzen!

powered by Südniedersachsen Stiftung
Gemeinsam für eine starke Region.
Kofinanziert von der Europäischen Union
ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

Zukunftsregion Südniedersachsen

Fazit & Wünsche an die nächste Förderperiode

Erfolgsfaktoren der Zukunftsregion

Stärkt regionale Handlungsfähigkeit
Sie fördert nicht nur Einzelprojekte, sondern schafft Zusammenarbeit, Orientierung und strategische Umsetzungskraft.

Organisiert Vertrauen
Viele regionale Partner arbeiten entlang gemeinsamer Ziele zusammen – moderiert und getragen durch verbindliche Strukturen.

Macht EU-Förderung vor Ort konkret
in Lernlaboren, Unternehmen, ÖPNV, Inklusion, Demokratiebildung, Gründung und Fachkräftesicherung.

Perspektive 2028+

➲ **Zukunftsregionen fortführen**
Territoriale Instrumente in Regionalförderung verankern – mit thematischer Offenheit, auskömmlichen Budgets und praxistauglichen Rahmenbedingungen.

➲ **Regionalmanagement sichern**
Schlüsselfunktion – kein Verwaltungsanhang. Finanzierung über 2028 hinaus verlässlich absichern. Planung und Finanzierungssicherheit für Kommunen ist entscheidend.

⚠ *Derzeit nur bis Ende 2028 finanziert.*

Die Zukunftsregion wirkt, weil sie Förderung, Partnerschaft und regionale Strategie miteinander verbindet.

powered by Südniedersachsen Stiftung
Gemeinsam für eine starke Region.
Kofinanziert von der Europäischen Union
ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

Südniedersachsen Stiftung
Gemeinsam für eine starke Region.

Kofinanziert von der Europäischen Union

ZUKUNFTSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

Danke für Ihr Interesse!

Ansprechpartner:
Rico Krieger
Bereichsleitung Regionalmanagement

SüdniedersachsenStiftung
Maschmühlenweg 105
37081 Göttingen

E-Mail: rico.krieger@suedniedersachsenstiftung.de
Telefon: +49 1515/25 29 575
Web: www.suedniedersachsenstiftung.de



Zwischenbericht

Download per QR-Code oder unter:
https://zukunftsregion-suedniedersachsen.de/zwischenbericht/

Anlage zur 51. Sitzung des AfBuEuR

Beteiligung des Landtages an Vorhaben der Europäischen Union

seit dem

07.05.2026

von der Landesregierung zugeleitete Dokumente des EU-Frühwarnsystems

Stand: 04.06.2026

auf Grundlage Art. 25 NV, Landtagsentschließungen vom 14.09.1995 (Drs. 13/1369), vom 07.06.2026 (Drs. 17/5884) und Antwort der Landesregierung (Drs. 17/7006)

BR-Drs.	EU-Vorl.	Schlagwort	EU-Vorhaben	Material	Subsidiaritätsprüfung	
					BR-Sitzung	Fristende
236/26	COM(2026) 100 final	Beschleunigung, Dekarbonisierung, Netto-Null-Technologien	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens von Maßnahmen zur Beschleunigung der Verstärkung der industriellen Kapazitäten und der Dekarbonisierung in strategischen Sektoren sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1724, (EU) 2024/1735 und (EU) 2024/3110	Kurzunterrichtung Schreiben des Landtagspräsidenten Vorarlberg	12.06.2026	19.06.2026
238/26	COM(2026) 321 final	EU-Inc., Unternehmen, Start-up	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den gesellschaftlichen Rahmen des 28. Regimes - "EU INC"	Kurzunterrichtung	12.06.2026	22.06.2026
283/26	COM(2025) 1022 final	Biotechnologie, Bioproduktion, Gesundheitsbiotechnolgie	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung der Biotechnologie und der Bioproduktion in der Union, insbesondere im Bereich der Gesundheit, und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 178/2002, (EG) Nr. 1394/2007, (EU) Nr. 536/2014, (EU) 2019/6, (EU) 2024/795 und (EU) 2024/1938 (Europäische Biotech-Verordnung)		offen	offen
307/26	COM(2026) 183 final	Abfallverbringung, Siedlungsabfall, Ausfuhr	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und de Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2024/1157 hinsichtlich des Verbots der Ausfuhr von zur Verwertung bestimmten gemischten Siedlungsabfällen	Kurzunterrichtung	10.07.2026	16.07.2026
309/26	COM(2026) 152 final	Weltraumprogramm, Agentur für Weltraumdienste, Galileo	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur für Weltraumdienste der Europäischen Union und zur Änderung Verordnung (EU) 2021/696	Kurzunterrichtung	10.07.2026	21.07.2026